

Arbeiterzeitung

Wochenendausgabe

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Freispruch im Prozeß Röntgenstraße

Unsere Forderung: Fort mit Sondergerichten! — Nachprüfung aller früheren Urteile!

Das Urteil im Sondergerichts-Prozeß „Röntgenstraße“ wegen der Schießerei in der Röntgenstraße wurde gestern nachmittag 4 Uhr verkündet. Es lautet:

Der Angeklagte Calm und die andern acht Angeklagten werden auf Kosten der Staatskasse freigesprochen. Nach der Verkündung des Urteils erhellen im Zuhörerraum laute Bravorufe.

In der Urteilsbegründung

heißt es: Es ist in der Röntgenstraße von Kommunisten und Nationalsozialisten geschossen worden. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß die Angeklagten nur durch die Röntgenstraße gezogen sind, um ihre Freunde, die sie von Nationalsozialisten bedroht glaubten, zu begleiten. Deshalb kam Landfriedensbruch nicht in Frage. Wenn die Angeklagten aber geschossen haben, nachdem sie angegriffen worden sind, dann haben sie in Notwehr gehandelt; auch Totschlag kommt nicht in Frage. Die Schwierigkeit bei dieser Verhandlung ist die gewesen, festzustellen, wer den ersten Schuß abgegeben hat, richtiger, wer die Veranlassung zu der Schießerei gegeben hat. Schon der zweite Schuß gab, hat in Notwehr gehandelt.

Wer zuerst geschossen hat, das festzustellen ist das Sondergericht nicht in der Lage.

Denkbar wäre zum Beispiel, daß der erschossene Gatschke die Schreckschubpistole, von der hier in der Verhandlung die Rede war, gezogen und aus ihr gefeuert, und daß dieser Schreckschuß die ganze Schießerei ausgelöst hat. Aber auch das kann man mit Bestimmtheit nicht feststellen. Wenn man aber nicht feststellen kann, wer zuerst geschossen hat, dann kann man auch nicht feststellen, ob die Angeklagten schuldig sind. Auch wegen Raufhandels konnten die Angeklagten nicht verurteilt werden, weil eine schuldhaftige Teilnahme an dem Raufhandel nicht festzustellen ist.

Der Vorsitzende wandte sich dann direkt an die Angeklagten und sagte: „Sie sind freigesprochen worden. Sie haben seit gestern Ihre Freiheit bereits wiedererlangt, aber nicht deshalb, weil das Gericht Ihre Unschuld festgestellt hat, sondern weil es Ihre Schuld nicht feststellen konnte. Wenn Sie in Freiheit sind, denken Sie an die Gefahr zurück, in der Sie bis heute geschwebt haben. Mögen die Seelenqualen, die Sie erlitten haben, ihnen zur Warnung dienen.“

Weiter wandte sich der Vorsitzende an die Nationalsozialisten, die Todesurteile gegen die Angeklagten verlangt hatten. Er sagte: „Ich richte ein kurzes Wort noch an die, von denen ich annehmen muß, daß sie mit dem Freispruch nicht einverstanden sein können oder vielleicht auch nicht einverstanden sein wollen. Ich hoffe, daß wenigstens recht viele von Ihnen, die heute noch stürmisch den Kopf der Angeklagten von uns verlangten, in kommenden ruhigeren Zeiten, die hoffentlich bald kommen, uns für den Freispruch dankbar sein werden.“

Was lehrt der Prozeß Röntgenstraße?

Selten ist ein Prozeß so sensationell verlaufen, wie die Verhandlung, die wegen der Zusammenstöße in der Röntgenstraße vor dem Berliner Sondergericht gegen neun junge kommunistische Arbeiter stattfand. Der Prozeß begann mit der Androhung der Todes-

strafe gegen die Angeklagten; er fand seine Fortsetzung in dem Antrage der Staatsanwaltschaft, alle nationalsozialistischen Zeugen zu verurteilen und alle kommunistischen unverurteilt zu lassen; er erreichte einen kritischen Punkt, als das Gericht den verhängnisvollen Weg einzuschlagen schien, einen der Verteidiger von der weiteren Teilnahme am Prozeß auszuschließen; er brachte eine beispiellose Desavouierung der Staatsanwaltschaft, als das Gericht nach Zuchthausanträgen bis zu zehn Jahren beschloß, alle Angeklagten sofort aus der Haft zu entlassen; er endete mit dem Freispruch für sämtliche Angeklagte.

Wie konnte dieser Prozeß einen solchen Verlauf nehmen? Um das zu begreifen, darf man nicht nur diesen Prozeß betrachten, sondern muß die ganze Institution der Sondergerichte ins Auge fassen. Eines der wesentlichen Merkmale der Sondergerichtsbarkeit besteht darin, daß nicht erst durch eine Voruntersuchung der Tatbestand soweit wie irgend möglich klargestellt wird; sondern sofort, nach ganz oberflächlichen polizeilichen Feststellungen, wird die Anklage erhoben und der Prozeß angesetzt. Das muß dahin führen, daß in unzähligen Fällen eine Ermittlung der tatsächlichen Vorgänge gar nicht mehr möglich ist (das haben wir bereits wiederholt dargelegt), so daß das Gericht sozusagen nach bestem Gefühl entscheiden muß. Diese Sachlage wird noch dadurch verschärft, daß die Vorgänge, um die es sich handelt, meist äußerst verwickelt sind, ein Lokaltermin von den Sondergerichten nicht abgehalten wird und in erster Linie Zeugen in Frage kommen, die parteipolitisch voreingenommen, am Schicksal der Angeklagten unmittelbar interessiert und sehr häufig selbst an den Vorgängen beteiligt gewesen sind.

In diesem einen Falle des Prozesses Röntgenstraße ist die Sache — wahrscheinlich auch unter dem wachsenden Druck der öffentlichen Kritik an dieser Sondergerichtsbarkeit — gut ausgefallen, sind Fehler Teile vermieden worden. Durch die Reihen der Arbeiterschaft geht ein Aufatmen über diese

Entscheidung. Aber nicht einen Augenblick vergessen wir die Qualen, denen neun junge Menschen unter dem wochenlangen Druck der Todesdrohung unschuldig ausgesetzt waren. Es ist, höflich ausgedrückt, eine schlimme Entgleisung, wenn der Vorsitzende des Gerichts glaubte, in seiner Urteilsbegründung den Angeklagten sagen zu dürfen, sie sollten sich die seelischen Qualen dieser Wochen zur Warnung dienen lassen. Tatsächlich kann sich diese Warnung nur gegen diese Justiz, gegen die Sondergerichte wenden.

Noch weniger vergessen wir, daß diesem einen Freispruch ungezählte Verurteilungen schlimmerer Art gegen Arbeiter gegenüberstehen. Dasselbe Berliner Sondergericht hat, um nur zwei Beispiele zu nennen, den Reichsbannermann Rothe zu 5 Jahren Zuchthaus und den jugendlichen Arbeiter Schmiedke zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt — und die anderen Sondergerichte sprechen Tag für Tag ähnliche Urteile. Allein bis Mitte September, in kaum vier Wochen ihrer Tätigkeit, hatten die Sondergerichte gegen links rund 300 Jahre Freiheitsstrafe verhängt. Unter diesen Urteilen werden unzählige sein, die nie gefällt werden durften, weil die Sondergerichte, von der subjektiven Einstellung der Richter ganz abgesehen, einfach nicht in der Lage waren, den Tatbestand genügend zu klären.

Darum ergeben sich für uns aus dem Freispruch im Prozeß Röntgenstraße zwei klare Forderungen: sämtliche Sondergerichtsprozesse, in denen Verurteilungen zustande kamen, müssen sofort vor ordentlichen Gerichten wieder aufgenommen werden und kein neuer Prozeß darf vor einem Sondergericht durchgeführt werden! Für die Verwirklichung dieser beiden Forderungen muß die ganze Arbeiterklasse ihre Kampfkraft einsetzen.

Arbeitslosenkämpfe in England

Die Arbeitslosennot wird in England, genau wie in Deutschland, von Tag zu Tag größer und — genau wie hier — mit Gummiknüppel und blauen Bohnen bekämpft. Kein Tag vergeht, wo es nicht in einer Strömung zu schweren Zusammenstößen mit der Polizei kommt. Wie verlogene denziösdiebürgerlichen Pressebüros die Dinge darstellen, zeigen nachstehende WTB-Meldungen:

London, 5. Oktober.

WTB. Im Osten Londons kam es gestern abend zu Arbeitslosendemonstrationen, die zeitweise einen bedrohlichen Charakter annahmen. Mehr als 10 000 Arbeitslose, darunter viele Frauen, umlagerten das Rathaus. Die Gemeinderäte mußten von der Polizei durch die Hintertür nach Hause geleitet werden. Polizei zu Fuß und zu Pferde ging wiederholt mit Gummiknüppeln gegen die Menge vor.

Belfast (Irland), 6. Oktober.

Zwischen der Polizei und Arbeitslosen, die eine Kundgebung veranstalteten, kam es gestern am späten Abend zu Zusammenstößen. Die Beamten mußten (!!) vom Knüttel Gebrauch machen. Sie nahmen 15 Personen fest. Zwei Polizeibeamte wurden ernstlich verletzt. Eine Reihe von Schaufenstern wurde bei dem Zusammenstoß zertrümmert. Angesichts der Spannung, die in der Stadt herrschte, und der

drohenden Haltung der Arbeitslosen wurden Panzerwagen eingesetzt, die in den Straßen patrouillierten.

Streik in der Bergwerks-Zeitung

Die Direktion des Industrieverlages in Düsseldorf, der Zentrale der westdeutschen Unternehmerpresse, der Vereinigten Stahlwerke, hatte durch Schlichterdiktat den Abbau der Tariflöhne der graphischen Hilfsarbeiter durchgesetzt. Die Löhne waren im Vorjahre bereits wiederholt abgebaut und um insgesamt 35 Prozent gekürzt worden. Die graphischen Hilfsarbeiter lehnten deshalb das Ansinnen des Lohnabbaues kategorisch ab und traten in den Streik. Die Gesamtbelegschaft solidarisierte sich mit ihnen und legte die Arbeit ebenfalls nieder.

Infolge der Arbeitseinstellung konnte am Montag die „Deutsche Bergwerkszeitung“, der „Stadtanzeiger“ der „Rheinische Anzeiger“ für Krefeld sowie die „Gladbach-Rheydter Zeitung“ nicht erscheinen. Der „Mittag“ kam nur als Notzeitung heraus. Des weiteren ist das Erscheinen der faschistischen „Werk- und Hüttenzeitungen“, die fast ausschließlich in diesen Betrieben hergestellt werden, in Frage gestellt.

Kapitalistisches Denken

P. P. Uns fällt jetzt ein Dokument in die Hand, das verdient, dem Vergessen entrissen zu werden. Es ist ein Artikel im „Sächsischen Volksblatt“ (Zwickau) vom 13. September über den englischen Textilarbeiterstreik. Darin werden die Ursachen und Folgen des Streiks behandelt und die Möglichkeiten, die sich aus ihm für die internationale Konkurrenz ergeben. Da heißt es:

„Soweit Deutschland in Frage kommt, könnte es für die englischen Lieferungen nach den skandinavischen Ländern, dann nach Frankreich, Holland und schließlich zum Teil auch nach Uebersee einspringen. Deutschlands Textilindustrie hätte jetzt eine glänzende Position auf dem Weltmarkt, vor allem aber in den Nordstaaten und in Holland, wenn nicht von der Reichsregierung eine autarke Wirtschaftspolitik getrieben würde, die gerade jetzt ein Eindringen deutscher Textilien auf den Märkten dieser Länder fast unmöglich macht, solange Deutschland nicht dazu übergeht, der Agrarproduktion dieser Länder wenigstens teilweise den Weg zum deutschen Markt wieder zu eröffnen...“

Eine geradezu gigantische Schuld haben die zur Zeit Verantwortlichen auf sich geladen, denn jetzt wäre eine glänzende Gelegenheit, einen Teil der ruhmreichen Absatzgebiete wiederzuerobern, denn es steht fest, daß es nicht um Ersatzlieferungen geht, sondern um die Märkte selbst.“

So sieht es in den Köpfen von Sozialdemokraten aus. Der Streik der englischen Textiler ist ihnen willkommen, weil er der „deutschen Wirtschaft“ Absatzgebiete und Profite bringen kann. Das ist ein kostbares Zeugnis für die reformistische Denkart, die in Wirklichkeit die gesamte reformistische Politik bestimmt, auch wenn sie nicht so deutlich ausgesprochen wird. Solcher Zeugnisse gibt es genug. Nur an eins wollen wir erinnern. Im Mai 1926 gab Herr Nikolaus Osteroth, der vom Bergarbeiterführer zum Direktor der Preussischen Bergwerks- und Hütten-AG, einem Unternehmen des preussischen Staates avancierte, einem Vertreter der Hugenbergschen Telegraphenunion ein Interview über den damaligen großen englischen Bergarbeiterstreik. Darin hieß es:

„Das deutsche Interesse gebietet, England seinen Kampf allein austragen zu lassen und während des englischen Ringens zu versuchen, das der deutschen Kohlenwirtschaft zustehende Marktgebiet wieder zurückzuerobern, um die Lebensmöglichkeiten der im deutschen Bergbau Beschäftigten auf die Dauer zu sichern. Das deutsche Hemd muß uns näher liegen als der Rock der englischen Bergwerksindustrie.“

Beide Äußerungen verraten eine Grundanschauung, die der Interessensharmonie zwischen Kapital und Arbeit. Sobald die Reformisten den Weltmarkt betrachten, sehen sie nur den Konkurrenzkampf zwischen den verschiedenen nationalen kapitalistischen Gruppen. Und sie ergreifen Partei für das eigene nationale Kapital. Anscheinend handelt es sich dabei auch um eine ganz vernünftige Auffassung. Denn wenn die Absatzmöglichkeit auf dem Weltmarkt gesteigert wird, dann wird der Arbeitsmarkt entlastet und es steigen unter Umständen die Löhne. Der Arbeiter macht also ein Geschäft.

Aber hier liegt ein typischer Fall jener kurzfristigen Politik vor, die das Gesamt- und Zukunftsinteresse der Arbeiterklasse den Gruppen- und Augenblicksinteresse aufopfert. Die Solidarität mit dem Feinde, der eigenen Kapitalistenklasse, wird verwirklicht durch den Bruch der internationalen Solidarität. Eine Politik, die sich dauernd von diesem Gedanken der Interessensharmonie leiten läßt, muß unbedingt zur Zerstörung des Klassenbewußtseins führen. Der Arbeiter wird notwendig zur Hilfskraft der Kapitalistenklasse in der gesamten Wirtschaftspolitik. Die Arbeiterklasse spaltet sich in nationale Gruppen, die im Schlepptau der Bourgeoisgruppen miteinander kämpfen. Dieser Zerfall der Klasse in einzelne Gruppen mit nationalistischer

*) Wir haben in der „SAZ“ vom 16. September d. J. schon eine ähnliche Äußerung der Breslauer „Volkswacht“ angeprangert. (Die Red.)

Denkweise tritt ein in einer Zeit, wo das Schicksal der Arbeiter immer mehr von internationalen Faktoren bestimmt wird, die internationale Vertretung und die internationale Klassenkämpfe des Unternehmertums gegen die Arbeiterklasse immer größere Fortschritte macht. Eine schwere Schädigung der revolutionären Schlagkraft muß die Folge sein.

Aber nicht einmal die Interessen der Arbeiter im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft werden durch eine solche Politik gefördert. Es ist einleuchtend, daß eine Taktik, die im Klassenkampf in anderen Ländern den willkommenen Anlaß zum kapitalistischen Vorstoß sieht, die als Schamozotter auswärtiger Klassenkämpfe auftreten will, zugleich das Klassenbewußtsein in den anderen Ländern schwächt. Den Gedanken der internationalen Klassenkämpfe darstellt kompromittiert und zerstört. Das Unternehmertum hat den Vorteil. Beim englischen Bergarbeiterstreik 1926 war die Lösung des deutschen Bergarbeiterverbandes Ueberbrückung verfahren. Bei erhöhter Ausbeutung hatten die Arbeiter für kurze Zeit einen höheren Gesamtlohn. Der Rückschlag erfolgte bald. Die Klassenmoral der Bergarbeiter war zerstört. Die Unternehmer machten sich die Schwächung der Kampfkraft in heftigen Angriffen zunutze. Die Bergarbeitelöhne sanken. Die reformistische Politik führt stets zur Gefährdung selbst der Tagesinteressen der Arbeiterklasse.

Es handelt sich hier indessen nicht um vorübergehende Verirrungen der reformistischen Führer. Ihre ganze Politik ist wesentlich von diesem kapitalistischen Denken bestimmt. Die Kriegspolitik der Sozialdemokratie hat hier ihre tiefsten Wurzeln. Sie wurde von dem Gedanken beherrscht, daß Erhebungen der eigenen Kapitalistenklasse auch dem Proletariat im Lande zugute kommen würden. Es war die Spekulation auf die Ausplünderung anderer Völker, die Hoffnung, einige Brosamen aufsameln zu können, die von der Herren Tische fallen. Imperialismus um angeblicher Interessen der Arbeiterklasse willen, Sozialimperialismus.

Die gleiche kapitalistische Denkart war die Grundlage der Arbeitsgemeinschaften, die praktisch zu einem Bündnis der Arbeiter und Kapitalisten einer Industrie gegen die Masse der Konsumenten führte, dem Kapital ungeheure Gewinne verschaffte und den Wirtschaftsfrieden stiftete, indem die Arbeiterklasse gelähmt und demoralisiert wurde.

Dieses kapitalistische Denken beherrscht alle reformistischen Parteien. Es hat die zweite Internationale zu einem Haufen nationalisierter Parteien gemacht, die jede für sich das Gesamtinteresse ihrer Bourgeoisie oder das Interesse einzelner Fraktionen dieser Bourgeoisie vertreten und im Rahmen der Internationale die Konkurrenzkämpfe des Kapitals ausfechten. Jeder internationale Kongreß der zweiten Internationale ist ein Beispiel dafür, der Hamburger Kongreß, auf dem diese Internationale erneuert wurde, zeigte die sozialdemokratischen Parteien in den Weltfragen ebenso gespalten wie die internationale Bourgeoisie. Wenn die kapitalistischen Mächte zu den Waffen greifen, platzt diese Internationale auseinander.

Das kapitalistisch-nationalistische Denken entspringt dem Instinkt der Reformisten. Es ist Ausdruck der Tatsache, daß diese Leute mit ihrem ganzen Wesen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung verfallen sind, über sie nicht einmal mehr hinausdenken können. So meinen sie immer Kapitalismus — Staatskapitalismus — auch wenn sie von Sozialismus sprechen. Darum auch sind sie gezwungen, die Tagesinteressen der Arbeiterklasse — von ihrem revolutionären Zukunftsinteresse nicht zu sprechen — immer von neuem mit Füßen zu treten, sobald das Lebensinteresse des Kapitalismus dies erfordert. Darum sind sie aus voller Ueberzeugung Kurpfuscher des Kapitalismus. Und darum auch ist ihr Tun unbedingt konterrevolutionär.

Klassenurteil in Bochum

(Eigener Bericht der SAZ)

Bochum, 5. Oktober.

Am Dienstag wurde in dem Wallenscheider Totschlags- und Landfriedensbruchsprozess, der der größte war, der bisher im Ruhrgebiet stattgefunden hat, (wir berichten bereits darüber) vor dem Sondergericht folgendes Urteil verkündet:

Der Kommunist Bergmann, der der „Rädelsführer“ gewesen sein soll, erhielt drei Jahre Zuchthaus. Der Staatsanwalt hatte zehn Jahre beantragt! Von 7 weiteren Angeklagten erhielten vier ein Jahr, zwei sechs Monate und eine Frau vier Monate Gefängnis. 7 Angeklagte wurden freigesprochen. Der Staatsanwalt hatte im ganzen 16 Jahre Zuchthaus und 13 Jahre Gefängnis beantragt! Dieser Antrag schien aus Haß gegen die Arbeiter geboren zu sein.

Das Urteil ist ein reines Klassenurteil, denn unparteiische Zeugen, ja sogar ein Stahlhelmer sagte aus, er habe Bergmann genau beobachtet und keine Waffe bei ihm gesehen. Auch all die anderen Zeugen, außer den SA- und SS-Leuten, hatten bei den Arbeitern keine Waffen wahrgenommen, wohl aber bei den Nationalsozialisten mindestens vier bis fünf Revolverhelden schießen sehen. Das nutzte aber alles nichts, denn für den Staatsanwalt schienen die unbeeidigten Nozzeugen glaubhaft zu sein und die vereidigten unparteiischen nicht, und auch das Urteil des Gerichts kann nach diesen Gesichtspunkten gewertet werden.

Streik in den Warschauer Gaswerken

Warschau, 6. Oktober.

Die Arbeiter der städtischen Gaswerke sind heute wegen Lohndifferenzen in Streik getreten.

Die Regierung droht

Zugleich gegen nationalsozialistische Versammlungen — in Wirklichkeit zum Verbot von Arbeiterversammlungen

Berlin, 6. Oktober.

CNB. In politischen Kreisen führt man die sich häufenden Versuche, Wahlversammlungen zu terrorisieren, auf nationalsozialistische Terrorgruppen zurück, deren Gründung man dem Abgeordneten Goebbels, der bekanntlich den radikalen Flügel seiner Partei führt, in erster Linie zuschreibt. Um die Zugehörigkeit dieser Leute zu kaschieren, läßt man sie aus der Partei austreten, um diese durch die von ihnen unternommenen Aktionen nicht zu kompromittieren. Die Arbeit dieser Stützgruppen richtet sich in erster Linie gegen Personen und Organisationen, die der NSDAP besonders uneben sind. Es wird dabei vor allem auf die regelmäßigen Stützungen von Versammlungen der Rechtsparteien hingewiesen, aber auch auf Ueberfälle, denen einzelne Personen ausgesetzt gewesen sind. In nationalsozialistischen Kreisen erklärt man dazu ganz offen, daß man durch diese Terrorakte die Öffentlichkeit einschüchtern, Unruhen hervorrufen und so die Regierung zum Eingreifen zwingen will. Erst dann, wenn der Wahlkampf lebhafter im Gange sei, würden die Terrorgruppen ihre volle Wirksamkeit aufnehmen. Der Endzweck sei, durch solche fortgesetzte Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung die Wahlen zum Reichstag zu verhindern.

Von unterrichteter Seite hören wir, daß die Regierung keineswegs gewillt ist, sich dem Terror einzelner Parteien und ihrer Organe zu beugen. Vielmehr wird mit allem Nachdruck darauf aufmerksam gemacht, daß die Notverordnung mit ihren schweren Strafen — bekanntlich sieht sie in den schwersten Fällen die Todesstrafe vor — noch in Kraft ist und unausweichlich angewendet werden wird.

Es ist wirklich sehr nett, daß man jetzt auch in Regierungskreisen auf den Terror der Nationalsozialisten aufmerksam wird. Seit Jahren können die Nazis Arbeiterversammlungen sprengen, Arbeiterfunktionäre überfallen und vielschuldig ermorden, ohne daß sich die zuständigen Stellen des Staates im geringsten um diese Dinge gekümmert hätten. Ja, im Gegenteil: den Nationalsozialisten wurde, besonders durch die Wiederzulassung der SA und SS, größte Bewegungsfreiheit gegeben, und in unzähligen Fällen sind Arbeiter, die sich zur Wehr gesetzt haben, zu unerhörten Strafen verurteilt worden, die sie noch heute in den deutschen Gefängnissen und Zuchthäusern absitzen müssen.

Wenn jetzt die Regierung zu energischen Maßnahmen übergeht und entsprechend energische Maßnahmen ankündigt, so einzig und allein deshalb, weil sich in jüngster Zeit der Terror der Nationalsozialisten auch gegen die Deutschnationale Volkspartei wendet. Erst in den letzten Tagen sind wieder eine Reihe deutschnationaler Versammlungen in Berlin, in Essen und in zahlreichen anderen Städten von Nazis terrorisiert und gesprengt worden. Weil dieser nationalsozialistische Terror jetzt die Hilfspolizei der Regierung trifft, soll dagegen eingeschritten werden.

Die Erklärung der Regierung hängt aber nicht nur mit diesen Versammlungstörungen zusammen, sondern mit der ganzen Zuspitzung des Verhältnisses zwischen Regierung und

Deutschnationalen einerseits und den Nationalsozialisten andererseits. In dieser Zusammenhang ist bemerkenswert, daß der Führer der Deutschnationalen, Herr Hugenberg, soeben auf einer deutschnationalen Konferenz in recht scharfer Form mit den Nationalsozialisten abgerechnet und ihnen allerhand unangenehme Wahrheiten gesagt hat.

Diese Auseinandersetzungen werden während des Wahlkampfes sicher in noch gesteigerter Form weitergehen. Den Arbeiterparteien wird dadurch ihre Situation in gewissem Maße erleichtert, eine neue Chance für die Arbeiterbewegung ist durch diesen Konflikt unter den verschiedenen Gruppen der Reaktion gegeben, wie wir bereits mehrfach ausführten. Aber die Arbeiterklasse muß sich darüber klar sein, daß diese Situation nicht von ewiger Dauer ist, daß über alle Gegensätze hinweg sehr viel Gemeinsames zwischen den feindlichen Blöcken der ehemaligen Habsburger Front vorhanden ist und daß es daher für das Proletariat darauf ankommt, die Stunde zu nützen, ehe sie vorübergegangen ist.

Ubelste Wahldemagogie

Hugenberg „gegen Sozialabbau“

Schon vor der letzten Reichstagswahl am 31. Juli betrieb die Deutschnationale Partei ubelste Wahldemagogie mittels eines heuchlerischen Briefes von Hugenberg an den Reichskanzler von Papen, worin „Beseitigung der schweren sozialen Lasten der Juni-Notverordnung“ gefordert wurde. Hugenberg und die Seinen befürchteten mit Recht, daß die um den größten Teil ihrer Unterstützung beraubten Kriegs- und Sozialrentner bei der Wahl die DNVP als Verteidiger der Papenregierung für diesen Raub verantwortlich machen wird.

Der nach wie vor von Hugenberg restlos unterstützte Papen dachte natürlich nicht an eine Aufhebung der sozialreaktionären Notverordnung. Im Gegenteil, seine selbsterhaltenen, mit Zustimmung Hugenbergs erlassenen neuen Notverordnungen sind noch viel brutaler als die früheren gegen die Arbeiter, Kriegs- und Sozialrentner gerichtet.

Trotzdem besitzen jedoch auch jetzt wieder die Hugenberger die Unverschämtheit, ihren „sozialen“ Demagogentrick zu wiederholen. Sie verbreiten von ihrer Vorstandstagung folgende Meldung:

„Der Vorstand der DNVP nimmt heute die Forderung seines Parteiführers an und richtet an die Reichsregierung im Namen sozialer Gerechtigkeit und wahrer Kameradschaft aller Berufsstände die dringende Bitte, die Notverordnung vom 14. Juni im Sinne der Vorschläge Dr. Hugenbergs beschleunigt abzuändern.“

Diese abgrundtiefe Heuchelei kann nur noch von Hitler und Konsorten übertroffen werden. Kein halbwegs orientierter Kriegs- und Sozialrentner wird auf diesen Schwindel hereinfallen. Aber Hunderttausende von Landproletariern, die ganz der junkerlichen Willkür und „Aufklärung“ ausgesetzt sind, wird die DNVP den Schwindel wohl nicht erfolglos vortragen können. Das ist der einzige Zweck der Übung dieser schlimmsten Sozialreaktionäre.

Badehosenenerlaß steigert Arbeitslosigkeit

Im Handelsteil des „Berliner Tageblatt“ erscheint ein Artikel des Direktors der Norddeutschen Trikotweberei Aktien-Gesellschaft, Lübben, der bedeutendsten Badeanzugfabrik Preußens, die zugleich eine der größten Badeanzugfabriken der Welt ist. In diesem Artikel wird an dem Badehosenenerlaß des Herrn Bracht vom wirtschaftlichen Standpunkt aus scharfe Kritik geübt, wobei der Verfasser u. a. zu folgenden Feststellungen kommt:

„Den Schaden, der durch die Entwertung der Lagerbestände in Deutschland bei Fabrikanten und beim Einzelhandel entsteht, schätze ich vorsichtig auf 8 Millionen Mark. Dieser Schaden wird erhöht durch eine Lohnsumme von schätzungsweise 6 Mill. Mark, welche an zirka 10000 Arbeiter nicht zur Auszahlung kommen wird.“

Denn kein Fabrikant kann bei der allgemeinen Bewegung gegen den Erlaß heute disponieren, um nicht Gefahr zu laufen, bei einer eventuellen Aenderung der Bestimmungen unverkäufliche Ware produziert zu haben. Zu diesen 14 Mill. Mark kommt noch der indirekte Verlust hinzu, der ebenfalls in die Millionen geht und der dadurch entsteht, daß unverwertbare Lagerbestände in Fällen besonders dünner Kapitaldecke Anlaß zu Zahlungseinstellungen geben. Die in Frage kommenden Fabrikanten und der Textileinzelhandel mögen durch ihre Verbände und Handelskammern den Verlust an Lagerhaltung und den Arbeitsausfall einmal feststellen lassen. Man wird wahrscheinlich noch zu ganz anderen Ziffern kommen.“

Für seine Firma speziell schätzt er den Schaden auf 300000 Mark und fügt hinzu,

daß durch diesen Erlaß die Stadt Lübben hunderte von Arbeitslosen bekommen werde.

In einer zweiten Zuschrift von einer anderen großen Firma der Badeanzugindustrie wird ebenfalls festgestellt, daß sich der Erlaß in starkem Maße gegen die Industrie auswirken müsse. In dieser Zuschrift heißt es u. a.:

„Als das Wesentlichste verbietet die Polizeiverordnung Badeanzüge, deren Rückenausschnitt über das untere Ende der Schulterblätter hinausgeht. Es ist einwandfrei klar gestellt, daß mehr als 60 Prozent aller Besucher der Strandbäder — und diese machen ja bekanntlich wiederum den weitaus größten Prozentsatz aller derjenigen aus, die Badeanzüge kaufen — die Strandbäder nur deshalb besuchen, um ihren Körper zu sonnenbaden. Nimmt man diesem größten Teil der Strandbesucher die Möglichkeit des Sonnenbadens, indem man ihnen Anzüge vorschreibt, die der Sonne den Zutritt zum Körper so gut wie versperren, so wird der Konsum an Badeanzügen unzweifelhaft auf einen kleinen Prozentsatz des bisherigen zusammengedrängt.“

Auch diese Zuschrift kommt zu dem Ergebnis, daß durch die ganze Unsicherheit der Situation die Fabrikation von Badeanzügen für die Saison 1933 unmöglich gemacht werde und damit Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen mit sofortiger Wirkung brotlos würden. So trägt der glorreiche Erlaß des Herrn Bracht in seiner Art dazu bei, die Wirtschaft „anzukurbeln“ und die Arbeitslosigkeit — zu vermehren.

England bemüht sich weiter

CNB. Berlin, 6. Oktober.

Wie das Conto-Nachrichtenbüro erfährt, hat der englische Geschäftsträger heute abend im Auswärtigen Amt erneut einen Besuch gemacht. Die Besprechung drehte sich um die Frage der Londoner Konferenz, über die in den letzten 24 Stunden sehr viele widersprechende Nachrichten in der Presse erschienen sind. Von unterrichteter Seite wird festgestellt, daß eine Veränderung der Situation durch den Besuch nicht eingetreten ist. Es besteht aber stark der Eindruck, daß die Engländer den Gedanken der Londoner Konferenz im engen Kreise noch keineswegs aufgegeben haben, sondern sich bemühen, doch noch etwas zustande zu bringen.

Vom deutschen Standpunkt aus sei dazu lediglich festzustellen, daß wir weiter abwarten mußten, ob die englischen Bemühungen Erfolg hatten. Das sei in erster Linie eine Frage, die zwischen England und Frankreich zu klären ist.

Waffenfunde bei der SA

Glauchau (Sa.), 5. Oktober.

Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft nahm die Glauchauer Polizei bei einem großen Teil der Glauchauer SA und SS Hausdurchsuchungen vor, wobei eine größere Menge Waffen und Munition gefunden wurde.

Zwickau, 6. Oktober.

Eine Waffensuche bei Mitgliedern der NSDAP in den Orten Zwickau, Werdau, Glauchau, Planitz und Oberhaindorf förderte im ganzen zwanzig Handfeuerwaffen zutage. 50 Personen wurden zunächst festgenommen, die Hälfte von ihnen wurde jedoch wieder entlassen.

Groener fordert Wehrpflicht

Rede im Demokratischen Klub

Berlin, 5. Oktober.

Im hiesigen Demokratischen Klub sprach Reichswehrminister a. D. Groener über „aktuelle Wehrfragen“. Der Minister nahm eingehend zu dem Abrüstungs Memorandum der Reichsregierung Stellung und erklärte, daß der Inhalt der Forderungen der Reichsregierung auch von ihm schon seit langem vertreten worden sei. Deutschland müsse in die Lage versetzt werden, seine Grenzen zu verteidigen. Hierfür sei aber nicht allein die Zahl und Art der Waffen, sondern vor allem eine Aenderung des Wehrsystems entscheidend. Deutschlands gegenwärtige Reichswehr sei trotz hervorragender Leistungen nicht in der Lage, allen Aufgaben des Landes- und Grenzschutzes gerecht zu werden. Notwendig sei, eine auf allgemeiner Wehrpflicht beruhende Miliz mit kurzer Ausbildungszeit neben die Reichswehr zu schaffen. Die Dienstzeit der Reichswehr müsse herabgesetzt werden. Dadurch würden auch genügend Mittel frei, um die Aenderung des Wehrsystems ohne wesentliche Mehrkosten herbeizuführen. Diese Forderungen bedeuteten keine Aufrüstung, sondern lediglich die Herstellung der einfachsten Voraussetzungen der Landesverteidigung.

Hessischer Landtag bleibt

WTB. Der hessische Landtag beriet heute den sozialdemokratischen Antrag auf Auflösung des Landtages und Neuwahlen am 6. November. Da vorher der nationalsozialistische Antrag, die Zahl der Abgeordneten von 70 auf 35 herabzusetzen, abgelehnt worden war, verließen die Nationalsozialisten bei der Abstimmung über den Auflösungsantrag den Sitzungssaal. Da infolgedessen die notwendige Zweidrittelmehrheit nicht vorhanden war, ist der Antrag abgelehnt.

Vorher hatte der Landtag einstimmig die Herabsetzung der Ministersgehälter auf 12 000 RM und den Wegfall der Aufwandsentschädigung beschlossen.

Der Vertreter des Papstes muß Mexiko verlassen

Mexiko, 4. Oktober.

WTB. Präsident Rodriguez hat entsprechend dem von der Kammer gefaßten Beschluß angeordnet, daß der päpstliche Legat, Erzbischof Ruiz y Flores, das mexikanische Staatsgebiet zu verlassen habe.

Mexiko-Stadt, 4. Oktober.

WTB. Der päpstliche Delegierte hat im Flugzeug Mexiko verlassen, um sich nach den USA zu begeben.

Unser lieber Genosse und Mitbegründer der Hamburger Ortsgruppe

Wilhelm Peters

starb nach längerer Krankheit am Mittwoch, den 5. Oktober. Ein alter Revolutionär, den Jungen ein Vorbild an Aktivität, trotz allen sozialistischen Grundätzen.

Ein letztes Kampfbereit!

SAP Hamburg

Stadttell St. Georg N. und S.

Einschierung: Sonnabend, 1½ Uhr, im Krematorium Ohlsdorf.

Eine Flut von Ernennungen

Freiherren und Grafen sind Trumpf

WTB, Berlin, 5. Oktober.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat das Preussische Staatsministerium in seiner Sitzung vom 4. Oktober 1932 folgende Personalveränderungen beschlossen:

Mit der kommissarischen Verwaltung der Oberpräsidien werden beauftragt: In Königsberg Regierungspräsident a. D. Kutscher,

in Breslau der Landrat in Reichenbach, Graf von Degenfeld, in Kiel der Vizepräsident des Oberpräsidiums Kiel, Dr. Thon, in Kassel der Kurator der Universität Marburg, Geh. Oberregierungsrat Dr. Th. Dr. von Hülsen.

Der frühere Vizepräsident der Regierung in Merseburg, Fehrmann, wird zum Vizepräsidenten des Oberpräsidiums in Magdeburg ernannt. Der Vizepräsident des Oberpräsidiums in Koblenz, Guske, wird beauftragt, mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Vizepräsidenten des Oberpräsidiums in Koblenz wird vertretungsweise Oberregierungsrat Flach vom Oberpräsidium dazulast beauftragt.

Der Regierungspräsident in Erfurt, Dr. Freysong, wird in den einstweiligen Ruhestand versetzt.

Zu kommissarischen Regierungspräsidenten werden ernannt: in Stettin der Landrat in Htzhoe, Göppert;

in Magdeburg der Ministerialrat im preuß. Finanzministerium, Zachariac; in Erfurt der Ministerialdirigent im preuß. Ministerium des Innern, Buchmann; in Münster der frühere Staatssekretär in der Reichskanzlei, Dr. Plünder, Regierungspräsident Dr. Abegg in Schleswig wird in gleicher Eigenschaft in einem Regierungsbezirk in Mitteleuropa verwendet werden. Als sein Nachfolger ist der Landrat in Flensburg, Dr. Wallroth in Aussicht genommen.

Der Regierungsvizepräsident in Erfurt, Fischelich, wird in den einstweiligen Ruhestand versetzt, aber gleichzeitig mit der vertretungsweise Verwaltung des Kreises Grevenbroich-Neuß beauftragt. Zum Regierungsvizepräsidenten in Erfurt wird der Landrat des Kreises Grevenbroich-Neuß, von Chamier-Gliscinski, ernannt.

Die Regierungsvizepräsidenten Ellinghaus in Gumbinnen und Wagner in Breslau werden beurlaubt. Mit der vertretungsweise Verwaltung der Stelle des Vizepräsidenten der Regierung in Gumbinnen wird der Oberregierungsrat von Braumüller in Allenstein, mit der des Vizepräsidenten der Regierung in Breslau der Verwaltungsgeschäftsdirektor v. Scheller, zur Zeit bei der Regierung in Schneidemühl, beauftragt.

Der Oberregierungsrat bei der Regierung in Köslin, von Hoffmann, wird zum Regierungsvizepräsidenten in Marienwerder ernannt.

Der Polizeipräsident in Harburg-Wilhelmsburg, Wentker, wird in den einstweiligen Ruhestand versetzt.

Zu Polizeipräsidenten werden ernannt die bisherigen kommissarischen Polizeipräsidenten in Königsberg Landrat Berner, in Elbing Oberregierungsrat von Klincowström, in Magdeburg Oberregierungsrat Freiherr von Nordenflicht, in Kiel Landrat Graf zu Rantzau, in Altona Regierungsrat Dr.

Diefenbach, in Essen Polizeipräsident Dr. Wiesmann, in Köln Polizeikommandeur Lingens, in Kassel Regierungsrat von Kottwitz.

Zu kommissarischen Polizeipräsidenten werden ernannt: in Oppeln der Regierungsrat beim Oberpräsidium in Breslau, Dr. Horstmann, in Gleiwitz der Landrat des Kreises Falkenberg, Wackerzapp, in Erfurt Regierungsrat Rabe von Pappenheim.

Der Polizeipräsident in Gleiwitz, Danchl, wird in gleicher Amtseigenschaft an das Polizeipräsidium in Harburg-Wilhelmsburg versetzt.

Der kommissarische Polizeidirektor in Schneidemühl, Regierungsrat Mock, wird zum Polizeidirektor in Schneidemühl ernannt.

Der Regierungspräsident im einstweiligen Ruhestand, Dr. von Bahrfeldt, wird zum Kurator der Universität Breslau ernannt.

Der Generalstaatsanwalt und Präsident des Strafvollzugsamtes in Marienwerder, Wichmann, wird als Generalstaatsanwalt an das Oberlandesgericht in Düsseldorf versetzt.

Der Oberstaatsanwalt Janssen in Aachen wird zum Generalstaatsanwalt und Präsidenten des Strafvollzugsamtes in Marienwerder ernannt.

Sächsischer Landtag einberufen

(Eigene Meldung der SAZ)

Der Landtagsvorstand beschäftigte sich mit den Anträgen der KPD und SPD auf Einberufung des Landtags. Er beschloß, den sächsischen Landtag auf den 18. Oktober, vormittags 11 Uhr, einzuberufen. Als Tagesordnung ist vorgesehen: Beratung des nationalsozialistischen Antrages auf Auflösung des Landtages; die sozialdemokratischen und kommunistischen Anträge auf Einleitung von Winterhilfsmassnahmen zugunsten der Erwerbslosen, Sozial- und Kleinrentner usw.; Rückgängigmachung der Papen-Notverordnung vom 4. 9. 32; Maßnahmen des Innen-Ministeriums gegen den Arbeiter-Turn- und Sportbund; Anträge gegen beabsichtigte weitere Gehaltskürzung und Beratung des kommunistischen Antrages auf Zusammenlegung der Gemeindevahl mit der Reichstagswahl.

Ehrenamtliche Bürgermeister

Berlin, 7. Oktober.

VDZ. Wie das Nachrichtenbüro des VDZ meldet, werden in der nächsten Nummer des Ministerialblattes für die preussische innere Verwaltung vorläufige Richtlinien des Innenministeriums zur Ausführung der Verordnung über die Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung vom 3. September dieses Jahres erscheinen. Von besonderem Interesse für die Öffentlichkeit dürfte das Folgende sein.

Während bisher im größten Teil des preussischen Staatsgebietes die Stelle des Bürgermeisters auch kleiner und kleinster Stadtgemeinden halbamtlich und besoldet sein mußte, ist durch den § 36 der Verordnung die Möglichkeit geschaffen worden, für sämtliche preussische Stadtgemeinden mit einer Einwohnerzahl bis 3000 die

Stelle eines ehrenamtlichen unbesoldeten Bürgermeisters einzurichten. Der kommissarische Innenminister beauftragt nun die Regierungspräsidenten, dafür zu sorgen, daß von dieser Möglichkeit möglichst viel Gebrauch gemacht werde. Ein besonders aktuelles Interesse haben ferner die Richtlinien des Ministeriums zur Ausführung der Vorschriften über die Zwangsvollstreckung gegen Gemeinden. Hervorzuheben ist dabei vor allem die Vorschrift des § 44, wonach Konkursverfahren über das Vermögen einer Gemeinde oder eines Gemeindeverbandes ausgeschlossen werden.

Ein nationalsozialistisches Kulturdokument

Im Juli dieses Jahres wurde in der Nähe von Dessau der Ingenieur Feuerherdt, ein Hundertschaftsführer des Reichsbanners, von Nationalsozialisten ermordet. Feuerherdt war nachts auf dem Heimwege von Nationalsozialisten hinterrücks überfallen und auf brutalste Weise erschlagen worden. Gegen die Mörder wurde ein Verfahren eingeleitet, das jetzt mit folgendem Briefe des Staatsanwalts an die Witwe des Ermordeten seinen Abschluß findet:

4 J. 1381 82.

An die
Witwe Frau Wilh. Feuerherdt
in

Dessau-Stiedlung, Lindenplatz 5.
Ich habe das Verfahren gegen diejenigen, welche den Tod Ihres Mannes herbeigeführt haben, eingestellt. Die Ermittlungen nach den in Betracht kommenden Personen waren ergebnislos. Außerdem ist der Tod Ihres Mannes durch einen rechtswidrigen Angriff auf andere von ihm selber verschuldet worden.

Dessau, den 23. September 1932.

Der Oberstaatsanwalt.
I. V.: gez. Lämmler.

Begleubigt

Kutsche, Justizsekretär.

Man muß diesen Brief zweimal lesen, um eine solche unglaubliche Rohheit für möglich zu halten. Es bleibt nur noch hinzuzufügen, daß der Herr Oberstaatsanwalt selbstverständlich Nationalsozialist ist.

Die Nazis bekennen ihre Hilflosigkeit

(Eigener Bericht der „SAZ“)

Gera, 6. Oktober.

Dieser Tage sprach hier in einer nationalsozialistischen Versammlung der thüringische Minister Saukel. Zu Beginn der Versammlung erklärte der Vorsitzende, er stelle fest, daß zahlreiche Gegner erschienen seien; Diskussion käme aber selbstverständlich nicht in Frage. Also konnte Saukel sprechen, ohne eine Antwort befürchten zu müssen.

Er begann mit der Erklärung, die Not in Deutschland und im Lande Thüringen werde noch unabwehrbare Zeit unverändert anhalten. Darob große Enttäuschung aller Hakenkreuzanhänger; einer sah den andern an — also das hatte der Naziführer zu sagen? Vor der Wahl wurde Arbeit und Brot und alle Herrlichkeit für Thüringen versprochen, und heute wird erklärt, es bleibe alles beim alten.

Weiter sprach der Herr Minister über die Geraer Verhältnisse, rühmte den Staatskommissar und auch den sozialdemokratischen Bürgermeister Dr. Barth, von dem er erklärte, er sei tüchtig und fleißig und, der Minister, schätze ihn als einen tüchtigen Beamten. Herr Barth habe seine Dienste freiwillig dem Herrn Staatskommissar zur Verfügung gestellt. Diese Erklärung steht in Widerspruch zu der

Behauptung der „Osthöringer Tribüne“, Dr. Barth habe wiederholt um seine Entlassung gebeten.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen erklärte Saukel, der ADGB habe in einem Schreiben an die Landesleitungen der Gewerkschaften niedergelegt, er sitze von früh 7 bis abends 7 Uhr in seinem Amtszimmer und zehre sich den Kopf, wie er den Arbeitslosen helfen könne — mehr hatte er den Arbeitslosen nicht zu sagen! Schließlich kam er auf den Gedanken, es müsse durch freiwillige Spenden geholfen werden. Nazi, Jungdo und Reichsbanner sollten zusammen aufmarschieren zur Winterhilfe. Er befahle, daß die Nationalsozialisten bei diesem Aufmarsch an der Spitze seien. Zum Schluß sagte er dann, nur der Arbeitsdienst könne uns retten.

Das ist der Kampf eines Nazi-Ministers gegen Lohn- und Unterstützungsraub, für Arbeit und Brot!

Zuchthaus, wer einem Nazi den Finger ritzt

Ein der Antifaschistischen Aktion angehörender arbeitsloser Bauarbeiter rumpelte am 26. August im angebrunkenen Zustand einen Nazi an. Er soll versucht haben, diesem das Abzeichen zu entreißen und ihm dabei leichte Verletzungen am kleinen Finger und am Unterarm beigebracht haben. Der Nazi bekam sehr schnell Hilfe von Parteigenossen, die mit Zeitungshäftlern den Antifaschisten in die Flucht schlugen. Sie bekundeten vor Gericht als Zeuge, bei dem Angeklagten ein offenes Messer gesehen zu haben. Das Gericht war der Ansicht, daß gefährliche Körperverletzung aus politischen Beweggründen vorliege, und verhängte eine Zuchthausstrafe von 1 Jahr.

Starke Zunahme der Kirchenaustritte

Berlin, 7. Oktober.

Nach den sechsen bekanntgegebenen statistischen Erhebungen betrug die Zahl der bei den Berliner Amtsgerichten im Jahre 1931 abgegebenen Kirchenaustrittserklärungen 79 274 gegen 66 651 im Jahre 1930. Das entspricht einer Zunahme von 19 Prozent. Die stärksten Verluste hatte die evangelische Kirche, 71 102 Menschen haben ihr im letzten Jahre den Rücken gekehrt gegen 59 255 im Jahre 1930, 50 490 im Jahre 1929 und 46 030 im Jahre 1928. Geringer sind die Verluste der Katholiken. Sie betragen 1931 7450 gegen 6794 im Jahre 1930, 6570 im Jahre 1929 und 5595 im Jahre 1928.

„Verrat militärischer Geheimnisse“

Leipzig, 7. Oktober.

Der neugegründete fünfte Strafsenat des Reichsgerichts verhandelt am Dienstag zum ersten Male unter Vorsitz seines Präsidenten Linz gegen den kaufmännischen Angestellten Johann Zebulke aus Hindenburg (Oberschlesien) wegen Verrats militärischer Geheimnisse. Auf Antrag der Reichsanwaltschaft fand die Verhandlung unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Heute verkündete der Senat das Urteil. Zebulke wird wegen Verbrechens gegen § 1, Absatz 2, des Gesetzes gegen den Verrat militärischer Geheimnisse zu vier Jahren Zuchthaus kostenpflichtig verurteilt. Die Ehrenrechte werden ihm auf die Dauer von fünf Jahren aberkannt. Die erlittene Untersuchungshaft wurde mit fünf Monaten angerechnet. Auch für die Dauer der Urteilsbegründung wurde die Öffentlichkeit wegen Gefährdung der Staatssicherheit ausgeschlossen.

Der Kaiser ging, die Generäle blieben

63) Ein deutscher Roman

Von THEODOR PLIVIER

Copyright 1932 by MALIK-VERLAG A.-G., Berlin W 50
Alle Rechte, besonders die der Übersetzung, des Nachdrucks der Verfilmung und Radioverbreitung, vorbehalten

Admiral v. Hintze aus dem Großen Hauptquartier versucht den Kanzleiführer Wahnschaffe zu beruhigen und erklärt ihm: „Die Oberste Heeresleitung hat sich entschlossen, sogleich Seiner Majestät zu melden, daß die bewaffneten Streitkräfte im Falle eines Bürgerkrieges nicht hinter dem Kaiser stehen würden und daß die Armee aus Ernährungsschwierigkeiten nicht instande sein wird, einen Bürgerkrieg zu führen.“

„Aber dann bleibt doch nichts übrig als die Abdankung!“

Wahnschaffe wartet fiebernd auf die Antwort.

Nach einigem Zögern entgegnet Hintze: „Soeben fahren die Generäle zum Kaiser.“ Wahnschaffe legt den Hörer auf. Er verliert keine Minute mehr:

„Verbinden Sie mich mit dem Reichstag, Zimmer 15, mit Herrn Ebert, dringend, bitte —“

„Wahnschaffe!“
„Ebert!“

„Wegen der Demonstrationen rufe ich an. Ich bitte Sie, da doch noch einzugreifen. Wir haben Nachricht aus dem Hauptquartier. Mit der Thronentsagung ist jetzt mit Sicherheit zu rechnen.“

„Zu spät, Excellenz, die Kugel ist im Rollen. Eine Fabrik ist schon auf die Straße gegangen.“

„Die Leute können ja auch wieder zur Vernunft gebracht werden!“

„Wir wollen sehen, was sich machen läßt!“ erwidert Ebert.

Der Aufmarsch von 2000 Arbeitern der Fabrik Schwartzkopff, Zinnwitzer Straße, ist dem Abgeordneten Ebert gemeldet worden.

Aber gleichzeitig verlassen auch die 3000 Mann aus der Schwesterfabrik Schwartzkopff in der Scheringstraße ihre Arbeitsstätte.

Der Dreher Laukant führt den ersten Zug an.

Die Obleute Eckert, Ulrich, Thost und Habersaath mit seiner Spartakusgruppe führen den zweiten Zug.

Nach dem Plan Barths gelten die Belegschaften der beiden Schwartzkopffwerke, die sich vor der AEG in der Ackerstraße vereinigen sollen, um nachher gemeinsam vor der Militärkaserne zu demonstrieren, als ein Zug. Einer von elf — an elf Stellen der Stadt sammeln revolutionäre Obleute die Belegschaften aus den Fabriken, stellen Züge zusammen und beginnen den Marsch nach dem Zentrum Berlins vor die Regierungsgebäude.

Der erste Teil der Aktion entwickelt sich programmäßig.

Die 2000 Schwartzkopff-Arbeiter ziehen am Stettiner Bahnhof vorbei. In der Schlegelstraße schließen sich weitere 600 Mann an. In der Gartenstraße holen sie die Arbeiter aus der Gleißler „Keiling & Thomas“ heraus. Sie marschieren weiter zur AEG in der Ackerstraße.

Der Werkportier sieht die Menge herankommen. Er hakt die schweren Gittertüre los und schlägt sie zu — den Riegel bringt er nicht mehr vor: mit der eindringenden Masse schwingen die Türen wieder auf. Die Stoßtrupps dringen in das Haus ein, laufen über die Hölle, die Treppen hoch und rufen in die Arbeitssäle hinein: „Schluß Feierabend! Auf die Straße! Schließt euch an!“

Die Arbeiter warten seit Tagen auf diesen Ruf.

Sie rücken die Transmissionen aus und legen ihre Arbeit hin. Wo das nicht schnell genug gemacht wird, bringen die eingedrungenen Obleute die Maschinen selbst zum Stehen. Die Gänge und Treppen füllen sich mit Menschen. Langsam fängt es an, aus dem Werkort herauszuquellen. Immer voller wird der Strom.

Weitere 3000 Arbeiter gehen auf die Straße.

Aber die Schwartzkopff-Arbeiter aus der Scheringstraße, die nach dem Plan die Belegschaft des großen Fabrikblockes in der Voltastraße herauszuholen hatten und hier in den Zug einmünden sollten, sind noch nicht eingetroffen.

Eine kurze Beratung der Führer:
„Warten können wir nicht!“
„Wir müssen hin und sehen, was los ist!“
„Also los nach der Voltastraße!“
Die neue Parole wird weitergegeben:
„Auf nach der AEG Voltastraße!“

Auf fünftausend Mann ist der Zug jetzt angewachsen, an der Spitze und an den Flanken marschieren die bewaffneten Stoßtrupps. Nur zweihundert Revolver und einige Dutzend Handgranaten führen sie mit sich. Ein Marschlied wird angestimmt, aber der Versuch bleibt im Ansatz stecken. Mit erstem, fest mit bekümmerten Gesichtern trotten die Reihen hintereinander her. Einzelne Rufe unterstreichen die Stille noch, die über den Kolonnen liegt.

„Der Kleber!“ schreit einer und hebt seine Faust.

Der am Thron liegende Wilhelm II. ist gemeint.

„Nieder!“ antwortet ein halbes Hundert Stimmen.

„Weg die Brotkarten!“
„Weg mit Scheidemann!“
„Nieder, nieder...“

Die „AEG“ in der Voltastraße, ein von Ruß und Staub überzogener langgestreckter Backsteinbau mit blinden Fenstern, ist von einer durcheinander quirlenden, unübersichtlichen Volkmenge umlagert. Schon seit dem frühen Morgen ringen die aus der Scheringstraße gekommenen Arbeiter um die sechstaussendköpfige Belegschaft dieses Betriebes. Ulrich und Thost mit ihrem Anhang, Habersaath mit den Spartakusgenossen, sind immer wieder durch die Abteilungen des Werkes gelaufen.

Teile der Belegschaft sind herausgekommen. Aber der größte Teil ist dringeblichen.

In einigen Sälen stehen die Maschinen schon still, in anderen Abteilungen wird weiter gearbeitet. Am herrnäckigsten weigern sich die Schmiede, ihre Arbeit zu verlassen und sich dem Zug anzuschließen.

„Die wollen nicht, die sagen, sie gehen nicht!“

„Mit 'm Hammer woll'n sie uns ver's Kopp hauen!“

„Ueberhaupt, da is' einer...“
„So'n dicker Grauköpfiger!“
„Der Vertrauensmann von der SPD!“

Habersaath trifft den eben angekommenen Laukant:

„Wir können nicht länger warten, — wozu haben wir die Waffen? Los, Gustav, komm du doch mal mit, versuch's du doch mal!“

Während ein Teil der von der Ackerstraße gekommenen Obleute noch einmal die Säle durchkämmt, um die Zögernden anzueifern, zieht Laukant mit den anderen vor die Schmiede, die von ganzen Haufen umlagert wird.

Die Schmiede haben ihre Arbeit hingelegt.

Im Schein der niedrig brennenden Feuer stehen sie und reden für und gegen den Anschluß an die Demonstration. Kräftige Gestalten, die meisten sind von der Front Reklamiererte, die mehr zu verlieren haben als andere, die nicht mehr für die Schutzgräben taugen.

Und sie zweifeln am Erfolg der Bewegung.

„Blutige Köpfe holen, weiter nicht!“
„Das kann gleich hier losgehen!“ sagte der grauköpfige Vertrauensmann der SPD, der Schmied Lange, und wirft einen bösen Blick nach der Tür.

„SPD und USP und nu' noch Spartakus, — ja, wenn die Arbeiter einig wären!“

„Wenn sie in der Partei geblieben wären!“ Die draußen stehenden Haufen johlten.

„Mit Minister Scheidemann!“

„Und mit Ebert, der hat ja jetzt noch nicht genug!“

„Da hört der Krieg doch überhaupt nicht mehr auf!“

„Wer rein kommt, kriegt mit 'm Hammer!“ sagte Lange wieder.

(Fortsetzung folgt.)

Die Mittelschichten und der Faschismus

Von Fritz Sternberg

II.

Die Angestellten in der Krise

Die immer stärkere Proletarisierung der Mittelschichten können wir mit am deutlichsten an der Angestelltenschaft zeigen. Im deutschen Kapitalismus wie im Weltkapitalismus haben in den letzten Jahrzehnten die Angestellten außerordentlich stark zugenommen.

Im Jahre 1882 gab es in Deutschland 300 000 Angestellte, im Jahre 1925 3,5 Millionen, in der Zeit von 1925-1928 wird die Zahl der Angestellten in Deutschland sogar noch weiter zugenommen haben. Wie außerordentlich wesentlich die Angestelltenschaft für die gesamte Klassenstruktur in Deutschland ist, zeigt bereits diese Zahl. 10 Prozent aller Erwerbstätigen sind Angestellte (ca. 1/3 der Angestellten kommen auf die kaufmännischen Angestellten, der Rest auf technische Angestellte und Meister). In überraschend schnellem Tempo hat sich dieser neue Mittelstand herausgebildet. Exakte Angaben, aus welchen Schichten die Angestelltenschaft sich rekrutiert, besitzen wir nicht. Nach einer Untersuchung des Gewerkschaftsbundes der Angestellten, 1931, die von 100 000 Angestellten beantwortet wurde, entstammten die Angestellten folgenden Schichten:

Die soziale Herkunft der Angestellten	Insgesamt	v. H.
Arbeiter	24 907	25,0
Beamter (mittlerer Beamter)	19 345	19,4
Angestellter	19 568	19,6
Handel- und Gewerbetreibender	28 504	28,6
Landwirt	4 061	4,1
Selbständiger (höherer Beamter, Kaufmann und Fabrikdirektor, Freier Beruf)	3 310	3,3
Insgesamt	99 695	100,0

Nur ein Viertel der Angestellten stammt aus dem Proletariat, die überwiegende Majorität kommt aus dem Mittelstand (Beamte, Angestellte, Handel- und Gewerbetreibende) und nur ein sehr kleiner Prozentsatz aus den eigentlichen kapitalistischen Schichten.

Wie geht es den Angestellten in der Zeit der Krise? Darüber hat der Gewerkschaftsbund der Angestellten Untersuchungen angestellt, desgleichen der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband in einem Buch: Die Gehaltslage der Kaufmannsgehilfen. Wir benutzen die Bücher dieser beiden Verbände, die die kapitalistische Produktionsweise behandeln, damit man uns nicht den Vorwurf einer demagogischen Übertreibung machen kann. In den Untersuchungen wird festgestellt, daß die Gehälter der Angestellten genau so wie der Lohn der Arbeiterschaft nach der Liquidierung der Inflation auf einem außerordentlich tiefen Niveau standen, und dann in der Zeit von 1924-1928 in die Höhe gingen.

Aber es wird weiter festgestellt, daß die Angestellten niemals mehr das Friedensniveau erreicht haben und daß im Durchschnitt die Angestelltegehälter nicht höher lagen als die Löhne der qualifizierten Arbeiter.

So war die Lage der Angestellten in der Konjunktur. Wenn sie damals die gesamte Tendenz ihres Abstiegs nicht erkannten, so lag das daran, daß nach dem außerordentlichen Tiefstand bei Liquidierung der Inflation in den Jahren 1924-1928 noch ein gewisser Aufstiegs festzustellen war. Wie ist es den Angestellten in der Krise gegangen? Wir wissen, daß der Lohnraub der Arbeiterschaft in der Krise ein Ausmaß angenommen hat, wie es ihn niemals in einer früheren Krise gab. Nach den Berechnungen des Institutes für Konjunkturforschung hatte die deutsche Arbeiterschaft bereits vor der 4. Notverordnung im Herbst 1931 zwei Fünftel ihres Bruttoeinkommens verloren, während gleichzeitig die Preise nur um reichlich 10 Prozent heruntergegangen waren. Das Monopolkapital hat in dieser Krise auf 6fache Methode die Löhne der Arbeiterschaft wie die Gehälter der Angestellten herabgesetzt.

Es wurden 1. die Tarifgehälter der beschäftigten Angestellten gesenkt; 2. die über tariflichen Sätze abgebaut; 3. immer stärker Kurzarbeit geleistet, bei fortgesetzter Steigerung des Arbeitstempos; 4. die gesamten Gehaltssummen dadurch abgebaut, daß ein immer größerer Teil der Angestellten unbeschäftigt war; 5. die Unterstützungssätze für die Arbeitslosen direkt abgebaut; 6. findet ein „kalter“ Abbau der Arbeitslosenunterstützung in Folge der langen Dauer der Krise dadurch statt, daß ein immer geringerer Bruchteil der Arbeitslosen die Höchstsätze erhält, ein immer größerer Bruchteil der Wohlfahrt anheim fällt, oder überhaupt nicht mehr unterstützt wird.

Wenn heute die Arbeiterschaft ungefähr die Hälfte ihrer Einkommens aus der Zeit der Konjunktur verloren hat, so geht es den Angestellten nicht besser. Das Institut für Konjunkturforschung schreibt: „Die Gehaltsankünfte der Angestellten halten sich im großen Durchschnitt wohl in gleichen Grenzen wie der Lohnabbau in der Industrie.“

Die Angestelltegehälter werden immer mehr abgebaut. Vermögensreserven besitzt der Angestellte nicht mehr, da in der Inflation die Mittelschichten, aus denen er stammt, ihr Vermögen fast völlig verloren haben. Und in der Krise zeigt sich weiter deutlich, daß

er ebenso wenig mehr eine Existenzsicherung durch Arbeit hat, wie der Arbeiter.

In der Vorkriegszeit war das anders. Da war die Arbeitslosigkeit in der Krise kaum größer als eine halbe Million. Da suchte sich der Unternehmer auch in der Zeit der Depression einen qualifizierten Stamm von Arbeitern und Angestellten zu erhalten. Heute wird die Arbeitslosigkeit in der Krise immer größer. Es sind zwei Erscheinungen, die sich in ihrer Wirkung verstärken. Es ist einmal die Vertiefung der Krise überhaupt, die die Zahl der arbeitslosen Angestellten vergrößert, wie sie die Zahl der arbeitslosen Arbeiter vergrößert. Bei jeder Stilllegung, bei jeder Schrumpfung der Produktion werden nicht nur die Arbeiter auf die Straße gesetzt, sondern ebenso die Angestellten. Weiter aber: Der Rationalisierungsprozeß, der Prozeß des Er-

satzes der lebendigen Arbeit durch die Maschine hat nicht in der Fabrik halt gemacht, er ist auch ins Kontor gegangen. Rechen-, Zahl- und Büromaschinen haben den Angestellten so brotlos gemacht, wie der gesamte Rationalisierungsprozeß den Arbeiter.

Die Zahl der arbeitslosen Angestellten in der Krise übersteigt heute bei weitem eine halbe Million, so daß die Zahl der arbeitslosen Angestellten heute größer ist als die Zahl der Arbeitslosen insgesamt in früheren Krisen.

Gerade weil früher die Angestellten so außerordentlich schnell gewachsen sind und die Rationalisierung sich hier besonders stark auswirkt, ist es für die arbeitslosen Angestellten immer schwerer, Arbeit zu finden. Die Dauer

ihres Arbeitslosigkeit ist größer als die der Arbeiter. Und hat der Angestellte ein gewisses Alter überschritten, so wird er kaum mehr wieder angestellt, da die Unternehmer genügend jüngere und billigere Kräfte finden. So wächst gerade unter den alten Angestellten eine Schicht, die in ihrer Lebensführung fast völlig proletarisiert ist, eine Schicht, die kaum mehr hoffen kann, unter dem heutigen System Arbeit zu finden, eine Schicht, die besonders stark reaktionären, faschistischen, nationalsozialistischen Strömungen zugänglich ist, da sie sich die alten Zustände aus ihrer Jugendzeit zurück wünscht, in der sie immer Arbeit gehabt hat.

Wir werden noch ausführlicher davon zu sprechen haben, wie man diese romantischen Strömungen der Angestellten zu bekämpfen hat.

Wie der Hamburger Streik abgewürgt wurde

Reportage von K. Saalfeld

Hamburg, 6. Oktober.

Der Verkehrsstreik ist durch die Verbindlichkeitsklärung abgewürgt. Die Streikleitung ist zurückgetreten. Die Streikenden wurden nicht durch die Gewerkschaft versammelt, um zu der Abwürgung des Streiks Stellung zu nehmen. Die Leitung teilte ganz einfach mit, daß durch die Verbindlichkeitsklärung der Streik beendet sei und forderte auf, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen. So ist denn auch leider geschehen.

Die freigewerkschaftlichen Hochbahnproleten haben sich von der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie ohne Erreichung ihres Kampfzieles wieder ins Joch spannen lassen. Gespräche mit dem Einzelnen lassen die verhaltene Empörung über dieses Spiel klar erkennen. Wäre es zu einer Abstimmung über Fortsetzung des Streiks gekommen, eine klare Zweidrittel-Mehrheit hätte bereitgestanden. War die Sektionsleitung froh, diesen Streik auf Grund der Verbindlichkeitsklärung abbrechen zu können? Der entscheidende Grund der Streikabwürgung liegt beim SPD-Senat. Er argumentiert so: Die Hochbahn-A.-G. sei beim Fortbestehen des alten Tarifes nicht in der Lage die Dividende auszuschütten und der Staat sei dann mit der einmal übernommenen Dividendengarantie herausgerückt. Nicht scharf genug, kann auf dies wichtige Motiv hingewiesen werden. Nichts kennzeichnet schärfer die Haltung der SPD-Führer im Senat, in der Gewerkschaft und in der Partei. Krasser als Kapitalsagenten, wie diese Tatsache.

Ein Besuch

bei der Hochbahndirektion

Es ist nicht schwer, zu den Hochbahnkonzernen vorzudringen. Eine Anmeldung mit der nötigen Legitimation läßt höflichste Abfertigung durch den Pressechef Dr. Thomson zur Tat werden. Bevor ich fragen konnte, kam seine Erkundigung: „Die SAZ, ist das eine kommunistische Zeitung? Schreiben Sie tendenziös?“ Erst nach Zerstreuung seiner ärgsten Bedenken vertraute er mir an, daß, soweit er übersehen könne, heute der Hochbahnbetrieb 100prozentig aufgenommen sei. Sollte irgendeine Gruppe, die RGO etc., wirklich, anders als der Gesamtverband, zum Weiterstreik auffordern, so habe das gar keinen Einfluß auf die Durchführung des geregelten Verkehrs. Irgendwelche Verhandlungen würden zurzeit nicht mehr mit Gewerkschaften gepflogen. Es sei ja auch durchaus ein normaler (II) Verlauf gewesen: Kündigung des Tarifvertrages, Verhandlung mit den Kontrahenten ohne Erfolg, Schlichterspruch, Nachverhandlungen, Annahme resp. Ablehnung des Schlichterspruches, Verbindlichkeitsklärung! Glatte Arbeitsaufnahme, gewährleistet durch die straffe Organisation der Gewerkschaften! (Der Mann kannte die Maschinerie! —) Interessant für mich war, da die oben bekundeten Äußerungen des Senats eine so große Rolle spielen, ob nun durch diesen Schiedsspruch die Dividendenausschüttung durch die HHA gewährleistet wäre. Dr. Thomson rief spontan: „Bei weitem nicht!“ Auf die Frage, daß dann also der Staat mit der Garantie übernommen müße, meinte er, daß er für seinen Teil für richtiger halte, sich hierzu aber nicht äußern wolle.

..... und bei dem Betriebsrat

Hier hatte ich denselben „Erfolg“ wie gestern bei der Streikleitung. Die erklärte mir gestern, daß sie erst einen Beschluß der vollzählig versammelten Leitung herbeiführen müsse, ob der SAZ Mitteilungen gemacht werden dürfen. So ähnlich sagte mir ein Betriebsratsmitglied, daß er wohl Mitteilung geben würde, aber er ginge vollkommen mit der Gewerkschaft konform und ich müsse doch verstehen, daß er stark gebunden sei. Ich sollte mit dem Gesamtverband sprechen. Dies Betriebsratsmitglied fürchtete ganz offensichtlich, daß er durch unangenehme Fragen zu Antworten kommen könne, die ihm bei der Gewerkschaftsbürokratie schaden können.

So leicht ist es nun für unser einen nicht, den Führer einer Gewerkschaft zu sprechen. Ich antichambriere nun schon drei Tage, ohne auch nur den geringsten Erfolg zu haben. Ich habe es aufgegeben, über einen abge-

würgten Streik, die Herren Genossen noch weiter zu belästigen und behalte mir vor, wiederkommen, bei passender Gelegenheit!

Die SAP zum Streikabbruch

Die Funktionäre des Ortsvereins Hamburg der SAP faßte gestern zum Ausgang des Verkehrsarbeiterstreiks die nachfolgende Resolution.

Die Hochbahner haben in diesem Streik ihr Lebensminimum verteidigt. Durch die ergangene Verbindlichkeitsklärung ist ihnen durch die bürgerliche Republik ihr Recht auf Verteidigung ihrer Existenz geraubt. Reformisten in der Gewerkschaftsführung und in der SPD haben es nicht gewagt, zum Kampf gegen die Schlichtungsordnung, die sie doch den Arbeitern selbst bescherten, vorzugehen. Dieses Verhalten bedeutet scharf ihre Demagogie im Volksbegehren gegen Papen's Notverordnung. Sie haben vollkommen kapituliert und halten dadurch den Papen'schen Wirtschaftsfrieden. Die SAP fühlt sich den Hochbahnern in ihrem Kampf aufs engste verbunden und mißbilligt aufs schärfste die Kapitulation der reformistischen Gewerkschaftsführung. In dieser Situation fordert die SAP die hamburgische Arbeiterschaft auf.

1. Nicht im Kampfe gegen die Papen-Diktatur zu erlahmen,
2. ihren oppositionellen Druck auf die reformistische Gewerkschaftsführung zu steigern,
3. mit und in der SAP für einen wahrhaft revolutionären Kurs der Arbeiterbewegung zu kämpfen.

Erfolgreiche Abwehr in den Betrieben

Arbeiterkorrespondenz aus Dresden

Die Belegschaft der Kunstseiden-spinners Küttner in Pirna, hat den von der Betriebsleitung geplanten Lohnraub erfolgreich abgewehrt. In der letzten Betriebsversammlung wurde das vom Arbeiterrat vorgetragene Verhandlungsergebnis mit allen gegen 13 Stimmen der RGO angenommen. Durch das geschlossene Zusammenstehen der Belegschaft gegen den geplanten Lohnraub ist die Firmenleitung gezwungen worden, ihre arbeiterfeindlichen Pläne fallen zu lassen. Die RGO hat auch in der letzten Betriebsversammlung versucht, ihr eignes Süppchen zu kochen. Ein ganzer Strauß RGO-Anträge wurde von den Küttnerproleten gewogen und für zu leicht befunden.

Bei der Firma Hille-Werk in Dresden-Reick, hat die Belegschaft fast einstimmig und zwar mit 448 gegen 6 Stimmen den Streik beschlossen gegen den von der Werksleitung geplanten Lohnraub für die Zeit von der 31. bis 40. Arbeitsstunde pro Woche. Mit dem Lohnraub beabsichtigte die Firma die 40 stündige Arbeitswoche einzuführen. Das geschlossene Auftreten der Belegschaft hat die Pläne der Direktion zerschanden gemacht.

In der Dresdner Gardinen- und Spitzen-Manufaktur A. G., sind am letzten Mittwoch die Abteilungen Bleicherei, Färberei, Näherei u. a. in den Streik getreten, gegen den von der Direktion geplanten Lohnraub laut Papenscher Notverordnung. Wenn die Firmenleitung ihre unmögliche Forderung nicht fallen läßt, wird wahrscheinlich die Gesamtbelegschaft die Arbeit einstellen.

Das, was die Arbeiter in unzähligen Betrieben gegenwärtig demonstrieren im Kampf gegen den Lohnraub der Notverordnung der

Herren v. Hindenburg und v. Papen, das ist nicht „Eiserne Front“ der SPD, ist nicht „Antifaschistische Aktion“ unter Führung der KPD. Dieses Zusammenstehen ganzer Belegschaften unbeschadet der Parteilegitimation, das ist die Einheitsfront der Arbeiter in der Aktion, wie sie die Sozialistische Arbeiterpartei von Anfang an zu schaffen sucht. Doch der Einheitsfront im Kleinen (in den Betrieben) muß die einheitliche Aktion der ganzen Klasse folgen und die arbeiterfeindliche Regierungskunst der letzten Machthaber ist auch nicht einen Tag länger möglich.

Verantwortlich: Paul Hannack, Breslau, Inserate: Herbert Scholz, Breslau, Verlag: „Sozialistische Arbeiterzeitung“ Breslau, Lohndruck: Th. Schatzky AG., Breslau, Neue Graupenstr. 7
Redaktion: Breslau, Klein Holzstraße 1, Treppe.
Telephon 206 02

Berlin
Rose-Theater
Große Frankfurter Str. 132
Telefon: E 7, Wechsel 3427
Sonabend, 8. Oktober
nachm. 5 Uhr
Aschenbrödel
8.15 Uhr
Der Hauptmann von Köpenick
11.45 Uhr
Ganovenchöre

Eben erschienen:
Fritz Sternberg
Der Niedergang des deutschen Kapitalismus und die Aufgaben der Arbeiterklasse
Vorzugspreis 4.50 statt 7.50

SA haust wie die Räuber Eine Woche Militarismus in einer mittelschlesischen Provinzstadt

Planmäßige Überfälle auf Reichsbanner und KPD-Genossen in der ganzen Stadt

Gestern im Verlaufe des Tages hat die SA planmäßige Überfälle auf Zeitungverkäufer und auf Angehörige der Eisernen Front in Breslau durchgeführt.

40 dieser Edelrecken stürzten sich auf einen Zeitungverkäufer der „Eisernen Front“ am Ring und konnten als Raub zwei Partefähnchen davon tragen. Randalierend und Arbeiter belästigend zog der Trupp weiter.

In der Taschenstraße machte man Jagd auf Abzeichen der „Eisernen Front“. Ein Radfahrer wurde angehalten und verprügelt.

Desgleichen wurde in der Gartenstraße einem Zivilist das Dreipfeilabzeichen abgerissen und seine Aktentasche, in der sich ein Sparkassenbuch und andere Gegenstände befanden, geraubt. „Wie die Räuber haust diese Bande“, sagt ein Herr mit dem Stahlhelmabzeichen zu einer Dame, die den Vorfall beobachteten.

An der Ecke Schweidnitzer und Gartenstraße überfiel ein Trupp Nazi einen Zeitungshändler der „schwarzen Front“, raubten ihm die Zeitungen, Mütze und das Abzeichen.

In der Lohestraße holzte ein Trupp Nazi einen Angehörigen der „Eisernen Front“ auf einen Kohlenhof, schlugen ihn dort zu Boden und mißhandelten ihn schwer. Als ein KPD-Genosse den Niedergeschlagenen befreien

wollte, wurde er von der SA angegriffen, verfolgt und schließlich im Geschäft seiner Eltern, wohin er geflüchtet war, von der SA schwer mißhandelt.

In der Neudorfstraße versuchten SA-Leute einem Stahlhelmann das Parteiabzeichen abzureißen, als dieser sich wehrte, fielen sie über ihn her und schlugen ihm ins Gesicht.

Die Reihe dieser Vorfälle wird sich wohl fortsetzen lassen, da fortwährend Meldungen über Terrorakte der Nazis gegenüber der Arbeiterschaft einlaufen.

Die Polizeibehörde befeißigt sich anscheinend gegenüber der SA einer starken Zurückhaltung, denn sonst wäre es durchaus nicht möglich, daß die Terrorakte gewissermaßen am laufenden Band von den braunen Banditen verübt werden können, ohne durch ein wirksames vorbeugendes Mittel seitens der Polizei behindert zu werden.

Die Arbeiter sämtlicher Parteien werden gegen diesen Terror, falls sie ihn erfolgreich abwehren wollen, zusammenstehen müssen, wie sie es bisher in den Stunden dringender Gefahr immer getan haben. Sie werden aber darüber hinaus ihre Führung zwingen müssen, auf breiter Basis von Partei zu Partei die Abwehrfront zu schmieden.

„Wir stürmen das Volkshaus“

Landfriedensbruchprozeß in Bunzlau — Polizei hat nicht nach Waffen gesucht — Nazi-Zeugen gesucht!

Die Zeugenvernehmung im Landfriedensbruchprozeß Bunzlau nahm am dritten Tage ihren Fortgang. Zu einem der Hauptpunkte der Verhandlung wurde die Vernehmung des Polizeimeisters M o s e k, der gleich, nachdem man polizeiliche Hilfe angefordert hatte, vor dem Volkshaus eingetroffen ist, während die Schlacht dort noch tobte. Um die Kämpfenden zu trennen, habe er mit gezogener Pistole vorgehen lassen und selbst einige Schreckschüsse abgefeuert. Es sei der Polizei dann gelungen, die SA etwas zurückzudrängen.

Als die SA einen zweiten Versuch zum Angriff machte, habe er wieder in die Luft geschossen. Erst nach großer Mühe sei es den Beamten gelungen, die Nazis zum zweiten Male zurückzudrängen und die Strafe abzuriegeln.

Daraufhin habe er angeordnet, die SA nach Waffen zu durchsuchen, sei aber daran von den Führern der SA gehindert worden, die behaupteten:

„Durchsuchung der SA ist ausgeschlossen, Sie sehen was los ist, wir haben die Leute nicht mehr in der Hand.“

Die SA-Leute hatten ihrerseits geschrien: „Rache, Rache! Wir stürmen das Volkshaus! Durchsuchungen lassen wir uns nicht gefallen.“

(So ist diese Untersuchung unterblieben, die SA hat ihre Waffen fortwerfen können, sodafs man am nächsten Tage eine Anzahl Stiche und Hiebwaren in einer Gärtnerei in der Nähe des Volkshauses finden konnte).

Während der Verhandlung bemüht sich die Verteidigung der Nazis krampfhaft Zeugen herbei zu schaffen, die beweisen sollten, daß der Reichsbannerkamerad Schreiber von seinen eigenen Leuten erschossen worden sei. Als erster marschiert da ein Hauptmann a. D. S c h m o l d t in Tillendorf wohnend, auf. Er ist aber nicht in der Lage, auch nur das

Geringste über die Vorgänge vor dem Bunzlauer Volkshaus zu berichten.

Daraufhin verlangte die Verteidigung der Nazis, daß man den Maler R o g n e r, auch aus Tillendorf, ladet. Als Rogner vor dem Gericht erscheint, erklärt er, daß er an dem fraglichen Tage überhaupt nicht in Bunzlau gewesen sei. Lediglich aus den Berichten einer alten Frau wisse er, daß an demselben Tage Reichsbannerleute mit Schusswaffen in der Hand durch das Dorf nach dem „Bunzlauer Volkshaus“ gelaufen seien.

Wie sie sparen

Falsche Sparmaßnahmen der Stadt Beuthen

Uns geht soeben der Verwaltungsbericht der Stadt Beuthen zu, aus dessen umfangreichem Inhalt wir folgendes kommentieren.

Die Stadt Beuthen war im vergangenen Jahr bemüht, ihren gesamten Apparat bei möglicher Unkostenreduzierung durchzuführen, da auch sie wie fast alle größeren Städte Deutschlands ein Defizit aufzuweisen hat. Beuthen geht mit einem ungedeckten Fehlbetrag von 2 Millionen RM. mutig ins neue Etatsjahr. Daher war es angelegentlich notwendig geworden, mehrere Ämter zusammenzulegen, so z. B. das Jugendamt mit dem Volksbildungsamt und dem Stadtmittel für Leibübungen, das Verkehrsamt mit dem Werbe- und Presseamt. Ferner wurde das Einwohnermeldeamt aufgelöst und durch besondere Abmachungen dem Polizeipräsidium übergeben.

Bemerkenswert erscheint uns nur der Abbau im Wohnungsamt, der „infolge der Entwicklung der Verhältnisse notwendig geworden ist.“ Wir sind der Ansicht, daß gerade das Wohnungsamt Existenzberechtigung hätte. Während nämlich auf der einen Seite wöchentlich in steigender Zahl Exmittierungen vor-

„Unsere Reiter kommen“ meldet freudstrahlend die bürgerliche Lokalpresse, jubiliert der Spieler am Steinmisch. Aber sie kommen nicht etwa aus Anlaß eines siegreichen Krieges, o nein, noch ist es nicht so weit. Tag und Stunde der Heimkehr aus dem Manöver in der Gegend zwischen Frankfurt und Küstrin, dessen Verlauf in Wort und Bild bis in alle Einzelheiten geschildert, so manches „alte Soldatenherz“ freudig klopfen ließ, mußten in der Zeitung genau bekanntgegeben werden. Das regnerische Wetter und die späten Abendstunden lockten aber zur Begrüßung auf der Straße nicht sehr, dafür aber die von einem geschäftstüchtigen Gastwirt angesetzte „Wiedersehensfeier“ mit Ball am anderen Tage.

Wer Geld in der Tasche hat, sagt ein bekannter Ausspruch, der kann den Teufel tanzen sehen. Das weiß vor allem der republikanische Marschführer. Alles wirkt in fast überschweblicher Weise um diesen aller Not entrückten zahlungsfähigen Kunden. Der Gastwirt, der Kaufmann, der Handwerker und nicht zuletzt die heimatlustige Weiblichkeit. Was ist dagegen der Prolet, an ihn denkt man kaum. Das Militär und der „Befreiungsgeist“ beherrschen die Stunde, den Tag, die Woche, die Zeit.

Auf einem Plakat ruft in allen Straßen der „Alte Fritz“ zum „Historischen Konzert“ in ein Saallokale. Das Programm: Panzerparade, alte Parade, und Regimentsmärsche, am Schluß ein Schlachtenpotpourri mit Zapfenstreich. In den Pausen fordert ein Sprecher in friderizianischer Uniform in wilden Reden: Nieder mit aller Schmach und Knechtschaft, Zerreißung der Ketten und ein einiges wahrhaftes Volk. Lebende Bilder aus der Schlacht bei Mollwitz werden auch noch für die fünfzig Pfennige Eintritt gezeigt. Das Publikum, zahlungsfähige Braute und Kriegervereiner, rast Beifall. Nächsten Abend: Konzert der SS-Standarte 16 mit Spielmannszug in der Kaiserhalle mit deutscher Marschmusik. Vormittags: Platzkonzert auf dem Ring. Auch das Reichsbanner macht nur „deutsche Musik“.

Wem die Musik noch nicht genug Revanchegeist durch die Adern jagt, dem muß das Theater nachhelfen. Die nationalsozialistische Deutsche Bühne und der angeblich unpolitische Bühnenvolksbund überbieten sich einander in Nationalismus und Christentum. Lassen die einen vor ihren Breslauer Kammer-

spielen das „Volk an der Grenze“ spielen, tauch zwei Tage darauf die Schlesische Bühne mit einem ähnlichen Schmarren „U-Boot 116“, Schauspiel in drei Akten von Karl Lerbs, im Stadttheater herauskommen. Na, und wenn dieses Narkotikum noch zu schwach ist, der kann am gleichen Zeitpunkt den Tonfilm „Die 11 Schillischen Offiziere“ in der „Schauburg“ hören und sehen.

Wenn das Alter schon nicht genug von Totritten geschützt ist, dann die Jugend schon lange nicht. Ihr liefert nur die „Oberst-Zigarette“ die schönsten Soldaten-Uniformbilder, prangt es auf den Anschlagstulen. Daß in Deutschland Soldat sein heutzutage besser ist als stempeln gehen und hungern, weiß jeder Schulfing. Aber dazu muß einer Produktion haben und aus sogenannter guter nationaler Familie sein. Da in dieser Beziehung bei vielen Mangel herrscht, wird eben „Soldat gespielt“. Die Hitlerjugend lud am einen Abend der Woche ihre Kinder, denen zum großen Teil der gepackte Tornister buchstäblich bis an die Kniekehlen reichte, auf ein Lastauto mit Vollgummiabstimmung und schickte in einer kühlen Nachtfahrt die bedauernswerten Geschöpfe bis nach Potsdam. Einige Straßen entfernter marschierten Reichsbanner und Jungsturmlöbe auf die Oderaue, um ein wenig in Wehrsport zu machen. Freude strahlte aus diesen Proletariatsgesichtern, weil sie nun auch dürfen.

Alle diese Ereignisse der Woche werden aber überschattet von den Veranstaltungen der Garnison zu Hindenburgs Geburtstag. Es gab kein größeres Kopfzerbrechen als darüber, durch welche Straßen der große „Zapfenstreich“ marschieren wird und auf welcher Ringseite er sein Ende findet. Um ja nicht das „grandiose Schauspiel“, das jeder nationale Mann gesehen haben mußte, zu veräumen, rannte mit Kind und Kegel so mancher biedere Kamerad vom Reichsbanner mit dem Stahlhelmer um die Wette. Wer neben der „richtigen Stimmung“ auch noch bei einiger Kasse war, konnte anschließend beim Stiftungsfest des Kavallerievereins „mit der Reitergarnison recht herzlich Fühlung nehmen“.

Damit auch keiner aus der „richtigen Stimmung“ so schnell herauskommt schmeterte ihn das „Große Wecken“ des Trompeterkorps hoch zu Ross frühzeitig aus der Klippe. Der Bürger schlendert noch ein wenig durch die Straßen, bewundert die zahlreichen herausgesteckten Fahnen, säht natürlich die schwarz-weiß-roten und besitt sich, um zum Festgottesdienst im Stadion, an dem alle Angehörigen der Truppe teilnehmen, nicht zu spät zu kommen. Unterwegs trifft er Gruppen von SA-Leuten, die in der Nacht an einer Felddienstübung teilnahmen und nun ihren Behausungen zustreben. Dafür rückt die nationale Konkurrenz der Nazis, der Stahlhelm, mit fliegenden schwarz-weiß-roten Fahnen heran und nimmt hinter dem Regiment Aufstellung. Dem katholischen Feldgeistlichen wird hoch angekreidet, daß er seine Predigt nicht auf dem Bibelwort „Liebet Eure Feinde“ aufgebaut hat. Der stramme Parademarsch hinterher auf dem Kasernenhof hätte sonst bestimmt nicht so gut geklappt und der anschließende Festschmaus nicht gemundet. Die erhebende Begeisterung dürfte durch keinen Miston getrübt werden.

So wird Tag um Tag, Woche um Woche die Kriegspychose angepeitscht, als wenn's nichts schöneres auf der Welt gibt, als Bomben und Granaten wieder auf die Menschheit regnen zu lassen. Aber wenn auf diesen gemachten Klümmern der Ernst folgt und die Kriegsfurie mit Not und Massenmord durch das Land rast, dann wollen alle die Spieler und Kriegervereiner, die heute noch mit Freuden bei Bier und Schnaps der vergangenen „schönen Soldatenzeit“ und Etappenstunden gedenken, keine Schuld daran haben, dann will es wieder keiner gewesen sein. Dann Prolet, mach aber endgültig Schluß mit diesem Theater.



Juno, die gute dicke runde,

wird überall bevorzugt-

weil sie alle Ansprüche befriedigt, die der Kenner an eine gute Cigarette stellt.

Beste Tabake, ausgezeichnete Mischung und volles Format bestimmen den Wert der

JUNO

Diese Eigenschaften verbieten selbstverständlich Zugaben in Form von Wertmarken, Gutscheinen und Stickerereien.

Alle Kenner stehen zu Juno!



Die Pionierin

Ein Interview mit einer 9 Jährigen

Von hier oben sieht man Moskau am besten, nicht wahr?

„Wie heißt du eigentlich?“
„Schura. Das ist ein russischer Name. Ich bin nämlich schon in Moskau geboren, aber zu Hause spreche ich deutsch mit den Eltern. Man muß viele Sprachen können, nicht wahr? Nächstes Jahr werde ich Englisch lernen. Englisch ist wichtig.“

„Und wie alt bist du, Schura?“
„Zehn — und nach kurzem Zögern, beinahe schuldhaft: — noch nicht ganz erst im Dezember.“ Dann mit gewaltigem Selbstbewußtsein: „Aber bei den Pionieren bin ich schon jetzt.“

„Donnerwetter! Da wirst du ja bald Komsomolzin sein!“
„Schura fand mein Scherzen unpassend. Würdevoll belehrte sie mich: „Bis dahin ist es noch lange. Das geht nicht so einfach. Komsomolze (Mitglied des Jungkommunistenverbandes), da muß man erst sechzehn Jahre sein.“

„Und was willst du werden, Schura?“
„Ich werde in die Fabrik gehen.“ Dies mit einer Entschiedenheit, als dürfe niemand an ihrem Entschluß zweifeln. „Haben Sie unsere neue Kugellagerfabrik gesehen? Fein, was? Im großen Saal arbeiten schon die neuen amerikanischen Maschinen. Wir sind nämlich vor dem Plan fertig geworden. Aber bis zum September werden wir eigene Maschinen haben. Da brauchen wir dann die teuren amerikanischen nicht mehr zu kaufen. Sehen Sie, dort drüben rechts von der Radiostation, das ist die Fabrik.“

„Woher weißt du denn das alles so genau? Hast du das in der Schule gelernt?“
„In der Schule? Pah! Ich war doch dort. Ich habe es mir angeschaut.“ Und sehr stolz: „Im Amo war ich auch, auch im Elektrowerk. Und in der Uhrenfabrik. Überall war ich schon.“

„Von der Schule aus? Führt euch der Lehrer hin?“
„Wozu brauchen wir da den Lehrer? Wir gehen allein. Die Pioniere. Nachmittags in unserer freien Zeit.“

„Und ihr kommt so ohne weiteres hinein?“
„Ach, der Betriebsrat macht das schon. Morgen gehen wir ins Biochemische.“

„Was ist denn das?“
„Ein Institut.“
„Weißt du denn auch, was Biochemie ist?“
„Nein, der Professor wird uns das schon erklären.“

„Und warum willst du gerade das Institut besuchen?“
„Ach so — nämlich weil wir doch vorige Woche bei „Angst“ waren. Ein gutes Stück. Ich habe es zweimal gesehen. Im Künstlertheater wird es gespielt, bei Stanislawski. Gehen Sie hin.“

„Ich habe es gesehen. Wirklich ein sehr interessantes Stück. Hast du denn aber auch alles verstanden?“

„Was gibt es da nicht zu verstehen!“ Dies sehr wegwerfend.
„Nun, immerhin. — Die ganze Geschichte mit dem Professor und seiner Stellung zur Partei — das Problem —.“ Ich werde unsicher. Wie soll ich dem Kind das erklären, „Problem“ —?

„Die Professoren haben kein proletarisches Klassenbewußtsein“, stellt Schura sachlich fest. „Weil sie nie in der Fabrik gearbeitet haben. Der eine, wissen Sie, der Vater von dem kleinen Mädchen, das ist ein offener Gegenrevolutionär. Er ist gar nie Arbeiter gewesen und hat sich in die Partei hineingeschwindelt. Das kleine Mädchen tut mir leid. Es ist ungerecht, daß er nicht eingesperrt wird. Er hat die Arbeiterklasse angelogen und man läßt ihn laufen.“ Nach sekundelanger angestrengter Ueberlegung: „Nun ja, im Theater —!“ Dies mit der ganzen Verachtung des Erwachsenen für ein unerstes Spiel.

Schon im nächsten Augenblick ist Schura wieder nur ein neunjähriges Kind. Da gibt es junge Knospen zu bewundern, ich soll erklären, warum auf jener Wiese schon frisches Gras wächst und auf dieser nicht und was das für ein Vogel ist, der auf der Telegraphenstange sitzt — ein schöner Vogel, nicht wahr? Und wo er sein Nest hat und wie alt der Vogel ist und warum er nicht singt und ob er vielleicht überhaupt nicht singen kann —

„Ich koste die Stursut dieser Fragen mit einer wahren Wollust aus. Also doch noch nicht rettungslos erwachsen, tröste ich mich, während Schura neben mir herumhüpft, vor und zurück läuft, Blumen sucht, mit einem kleinen Körer um die Wette rennt.“

Mein Trost hält nicht lange vor. Plötzlich bleibt das Kind stehen, umfaßt die Landschaft, den Himmel mit einem langen Blick:
„Ein schöner Tag.“ Dies wieder ganz ernst, in sachlicher Ueberlegenheit. „Nun muß ich nach Hause.“

„Schulaufgaben was? Bekommt ihr viel auf für zu Hause?“
„Nicht viel. Aber morgen muß ich einen Vortrag über Lenin halten.“

„Einen Vortrag? Was wirst du denn da alles erzählen?“
Schura mustert mich von der Seite mit einem mißtrauischen Blick. Ob ich mich über sie lustig machen —? Etwas unwillig: „Das wissen Sie doch sowieso alles.“ Dann wieder selbstbewußt: „Ich werde über den Trotzkismus sprechen.“

Ich wage nicht zu fragen, was die kleine Schura unter Trotzkismus versteht. So lenke ich ab: „Warst du schon einmal in Deutschland?“

„Nein. Aber bis in Deutschland auch Kommunismus ist, fahre ich bestimmt hin. Nach der Revolution. Wann kommt denn bei euch in Deutschland die Revolution?“ Dies schon um einen Ton ungeduliger.
„Ich weiß nicht. Vielleicht kommt sie gar nicht.“

„Keine Revolution —?“ Das hat schon fast einen berlinischen Tonfall; leicht kann ich den

unausgesprochenen Satz ergänzen: du bist aber recht doof, mein Lieber.

„Sie wird kommen, gewiß, aber vielleicht dauert es noch eine Weile“, verteidige ich mich. „Ich will, wir haben es sehr schwer in Deutschland. Der Faschismus. Und dann die Polizei. Ich hasse die Polizei.“

„Du hast aber doch auch eine Polizei.“
„Wir haben keine Polizei, wir haben nur Miliz.“

Ich breche das politische Gespräch ab. „Und in der Schule — wie viele Stunden habt ihr da täglich?“

Mein Interesse schmeltelt Schura. So sprudelt sie los:
„Vier Stunden täglich. Aber fast jeden Tag haben wir dann noch Pührungen in Museen und so. Ich gehe sehr gerne in Museen. Sie auch? In Moskau haben wir sehr schöne Museen. Waren Sie schon in der Tretnikowgalerie? Das Bild von dem Kosaken hat mir am besten gefallen. Die haben dort gelebt, wo jetzt Dnjeprostroj ist. Vor vielen hundert Jahren natürlich.“

„Und am Nachmittag gehst du in Fabriken und schreibst deine Hausaufgaben und Vorträge —“
„Nicht jeden Tag.“

„Und abends?“
„Abends habe ich doch Pionierdienst. Von sieben bis neun.“

„Was machst du denn da?“

„Das ist verschieden. In diesem Monat inspizieren wir die Wohnungen unseres Rayons. Wir kontrollieren, ob auch alle Dienstmädchen in die Abendschule gehen und ob sie richtig lernen. Und wie weit sie schon im Lesen und Schreiben sind. Vorigen Monat haben wir eine Kampagne gegen den Alkohol gemacht.“

„Wie habt ihr denn das angestellt?“
„Ganz einfach. Die Arbeiter, die so viel saufen, die kennen wir doch. Zu denen sind wir hingegangen, abends, wenn sie zu Hause sind, und wir haben mit ihnen gesprochen und haben ihnen erklärt, daß sie bald sterben werden, wenn sie soviel Wodka trinken und daß Saufen unproletarisch ist. Und manchen haben wir auch Briefe geschrieben. Pionierarbeit mit einem Wort.“

Ich fühle, daß ich keinen sehr intelligenten Eindruck mache, so bemühe ich mich, meine Verwirrung hinter einem überlegenen Lächeln zu verbergen: „Und seid ihr noch nie hinausgeworfen worden aus den Fabriken und Wohnungen? Habt ihr noch nie Prügel bezogen?“

Sekundenlang starrt mich Schura mit großen erstaunten Augen an. So verständnislos ist der Blick des Kindes, daß ich vorlegen werde.

„Hinausgeworfen — uns? Aber —“ da schreibe ich doch einfach einen Brief an die „Prawda!“
(Leo Lanin im Tgb.)

Sorgen haben die Leute



Münchener Oktoberfest
Schützenkönige, rotgeschmückt mit Klempnerliden, viel Bier, viel Lärm, „Frost g'ruft“ und Erotik. — Das sind die Sorgen die im Augenblick den Münchener Klein- und Großbürger beschäftigen.



Die Sorgen der Bildreporter

Der Filmmeter Lil Dagover klettert im historischen Kostüm auf einem Phagony herum. Klappern gehört zum Handwerk.

Der englische Gardelieutenant, der seine Frau auf Händen aus der Kirche trägt. Da die geschäftstüchtige Reporter da war, gab es ein Bild, das alle Leserinnen der „Gartenlaube“ und von „Dahlem“ entzücken wird.

Wie Watkins erkrank

Der dänische Grönlandforscher Mikkelson ist dieser Tage aus Ostgrönland nach Kopenhagen zurückgekehrt. Er war in Lokefford, wo die bekannte englische Watkins-Expedition ihre Basis hatte. Mikkelson berichtete Einzelheiten über den Tod des erst 25-jährigen Polarforschers Watkins, der bekanntlich vor einigen Monaten mit einem Kajak untergegangen ist. Mikkelson steht auf dem Standpunkt, daß das Kajak des Forschers von einem kalibenden Eisberg, von einem Eiskoloß, von dem sich größte Stücke lösten, zum Kentern gebracht worden ist.

Wahrscheinlich hat der Forscher versucht, sich auf einer Eisscholle zu retten, um die Küste schwimmend zu erreichen. Die angeschwemmten Kleidungsstücke deuten darauf hin, daß er sich, um besser schwimmen zu können, seiner Sachen entledigt hatte. Dabei ist er wahrscheinlich im Wasser erstarrt, so daß er ertrinken mußte.

Der Bischof muß stempeln gehn

In den katholischen Blättern Spaniens wird gegenwärtig eine lebhaftige Klage geführt über die Verfolgung der kirchlichen Würdenträger. Die Revolution brachte in Spanien neben anderen Fortschritten auch die Einführung der Zivilehe. Wie nicht anders zu erwarten, tritt gegen diese Reformbestrebungen der Klerus auf den Plan. Der streitbarste unter ihnen ist der Bischof von Segaria. Er erließ einen Hirtenbrief, worin er die Zivilehe verdammt und als Konkubinat bezeichnet. An sich könnte das dem spanischen Volke gleichgültig sein, wie ein katholischer Geistlicher sich zur Zivilehe stellt. Begnügt derselbe aber die Massen gegen die Gesetzgebung aufzuputchen, dann ist mit den Spaniern nicht gut Kirschen essen. Der Justizminister hat darum den Bischof von Segaria suspendiert und ihm das Gehalt entzogen. Der Mann muß also stempeln gehen.

Das Reichsbanner macht in Literatur

Daß das Reichsbanner nicht nur bestrebt ist, in materieller Weise auf dem Wege des freiwilligen Arbeitens der Nation zu dienen, sondern sich auch redlich bemüht, Bildung und Kultur im Volke zu heben, davon legt das Programm einer Abendveranstaltung des Wittener Reichsbanners beredtes Zeugnis ab. Am vergangenen Freitag war ein Vortrag über Literatur, aber nicht, wie man vielleicht glauben möge, über Upton Sinclair oder Tucholski oder andere vulgäre Ware, sondern über Friedrich von Schillers „Glocke“.

Diese edlen Bestrebungen haben im Hinblick darauf, daß die Schule beim Übergang Teil der Kinder des Volkes der Dichter und Denker eine unüberwindliche Abscheu für Verse und Gedicht erzeugt hat, den besonderen Wert, beim Erwachsenen zu wecken, was dem Deutschen nun einmal eigen ist. Die Reichsbannerarbeiter werden diesen Winter vielleicht zu Schiller greifen, den die deutschen Spieler im Bücherschrank so elend verstauben lassen, weil er ihnen nichts mehr zu sagen hat. Und wenn sie der Hunger einmal plagen sollte, dann werden sie beruhigend vor sich hin deklamieren:

„Wenn sich die Völker selbst befreien, dann kann die Wohlfahrt nicht gedeihn.“

Und wenn der Bundesvorstand demnächst, wenn die Löhne auf Grund der Notverordnung gesenkt werden, wieder einmal eine Eingabe an Hindenburg macht, um den hohen Herrn zu beschwören, es doch nicht zu erlauben zu lassen in der demokratischen Republik, dann können die literaturbewanderten Reichsbannerproleten dazu das allerschönste Motto beitragen:

„Wehe wenn sich in den Städten der Feuerzunder still gehäuft, das Volk zerreiht seine Ketten, zur Eigenhilfe schrecklich greift.“

Wir befürchten nur, daß auf diese Weise dem Reichspräsidenten das Gemüt nicht geregt wird.

Unterspülungsschäden bei den Zuidersee-Schleusen

Amsterdam, 6. Oktober.

Eine unangenehme Entdeckung hat die Leitung der Zuidersee-Werke machen müssen. Bei den im Zuidersee-Abschlußdamm befindlichen Abwässerungsschleusen sind plötzlich starke Auswaschungen des Meeresbodens in Erscheinung getreten, die vor den Schleusen mehr als 10 m tiefe Aushöhlungen des Meeresbodens verursacht haben. Zurückzuführen ist dies auf die starke Strömung, die vor den Schleusen bei der Auswässerung des überschlüssigen Ysselmeerwassers zur Nordsee hin hervorgerufen wird. Diese Auswaschungen drohen sich zu einer Unterspülung der Fundamente der Schleusenwerke auszuwachsen. Glücklicherweise hat man diese Gefahr noch rechtzeitig erkennen können, daß man ihr noch vorbeugen konnte. Zurzeit sind alle Anstrengungen darauf gerichtet, die entstandenen Auspülungen unschädlich zu machen. Hierbei bedient man sich namentlich einer Anzahl Taucher, die große Zinkstücke auf dem Meeresboden anbringen. Eine Gefahr für die Zuidersee-Werke besteht nach Mitteilung der technischen Leitung nicht mehr, jedoch werden die Ausbesserungsarbeiten und die Maßnahmen zur Vorbeugung weiterer unangenehmer Überraschungen längere Zeit erfordern. Es schweben ferner Erwägungen darüber, ob man in Zukunft womöglich noch ein drittes Schleusenwerk zu Auswässerungszwecken in den Abschlußdamm einbauen soll. Die Entscheidung hierüber dürfte aber noch einige Zeit auf sich warten lassen, da man naturgemäß erst feststellen will, ob die jetzt im Gange befindlichen Arbeiten bereits als ausreichend betrachtet werden können, um jegliche künftige Gefährdung der Werke des Abschlußdamms unmöglich zu machen.

Schiffszusammenstoß vor der Elbemündung

Hamburg, 6. Oktober.

Der aus Südamerika heimkehrende Dampfer „Cap Arcona“ der Hamburg-Süd-amerikanischen Dampfschiffahrtsgesellschaft stieß Donnerstag früh gegen 5 Uhr bei dem Feuerschiff Elbe IV mit dem französischen Dampfer „Agen“ zusammen. Die „Cap Arcona“ erlitt nur geringen Schaden und konnte die Fahrt nach Hamburg fortsetzen. Der französische Dampfer wies schwere Beschädigungen auf. Sofort nach dem Zusammenstoß liefen Bergungsdampfer von Cuxhaven aus, die das schwerbeschädigte Schiff ins Schlepptau nahmen, um es nach Hamburg zu bringen. Personen sind nach den bisherigen Meldungen bei dem Unfall nicht verletzt worden. Der Dampfer „Agen“ befindet sich mit einer Holzladung von Afrika nach Hamburg unterwegs.

Eisbrecher „Sibirjakoff“ in der Beringstraße

Moskau.

Der Eisbrecher „Sibirjakoff“, der trotz einer vor einigen Tagen erlittenen Havari seine Nordlandreise fortsetzte, nähert sich jetzt dem Kap Deschnow, von dem er noch etwa 50 Meilen entfernt ist. In Kap Deschnow ist inzwischen ein Anadyr der Schlepptau „Ussurijez“ eingetroffen, um den Eisbrecher ins Schlepptau zu nehmen.

Luftschutz?

K.M. Eine persönliche Erinnerung: Im August 1918 lagen wir in der zum Lazarett umgewandelten Technischen Hochschule in Stuttgart. Jede Nacht um 2 Uhr war Fliegeralarm, heulten die Sirenen, läuteten die Glocken, blarkten die Abwehrgeschütze. Jede Nacht um 2 Uhr floh die gesamte Bevölkerung Stuttgarts in die Keller, wurden die Verwundeten aus ihren Betten gerissen. Und wie in Stuttgart so in hundertn von Städten und Dörfern West- und Süddeutschlands: Französische Flieger kamen! Sie kamen zur Minute pünktlich, setzten ein paar Bomben ab, zerstörten ein paar Häuser und verschwanden wieder. Was heute landisches Vergnügen für sterile Gehirne, patriotische Mäde zur Vernebelung der Massen ist: Luftschutzübungen waren damals blutiger Ernst. Nur — sie hatten keinen Zweck! Keinen Zweck zu einer Zeit, da die Luftwaffe noch im Anfangsstadium ihrer Entwicklung stand, da man noch keine Motoren mit 250-Kilometer-Geschwindigkeit konnte, da man von Elektron-Brand- und Gasbomben noch nichts ahnte.

Wer das erlebt hat, dem müssen die heutigen Luftschutzübungen, veranstaltet von „vaterländischen“ Organisationen unter dem Protektorat der Reichswehr, lächerlich erscheinen, so lächerlich, als wenn ein Mann mit einem Regenschirm sich vor einem Schornsteinregen schützen wollte. Und dennoch hat diese Lächerlichkeit einen bitteren Hintergrund: Die Illusion, daß es einen Schutz gäbe gegen den modernen Luftangriff, die Illusion, daß mit Soldatenspieler und Luftschutzübungen schon die Grundlage zu einem neuen frisch-fröhlichen Krieg gegeben wäre. Um so ernster, als unverantwortliche Elemente unter dem Deckmantel der patriotischen Tat sich nicht scheuen, sogar die Schuljugend in dieses Kriegsspiel einzubeziehen und so einen neuen „Heldengott“ zu erzeugen.

Wie sieht der kommende Krieg aus? Heberlassen wir die Antwort dem „Fachmann“. Das „Militärwochenblatt, Unabhängige Zeitschrift für die deutsche Wehrmacht“, schreibt in Nr. 7/32 vom 14. 8. 32 unter dem Titel „Die Krise des Vernichtungsgedankens in der neuzeitlichen Kriegsführung“:

„Ziel künftiger Strategie wird also sein: Konzentration aller überhaupt verfügbaren Kräfte auf den ersten Kriegsausgang. Die Entscheidung muß so schnell (II) und so radikal (III) wie möglich ausfallen. Ja, sie muß (II) so überraschend plötzlich geschehen, daß der Gegner gar keine Zeit (II) hat, wohlorganisierte Gegenwehr zu leisten. ... Die Vernichtungsstrategie weicht einer Ueberrumpelungs- oder Entwaffnungsstrategie. Anstelle des Vernichtungskrieges tritt, wirtschaftsimperialistisch gesehen, wieder der gemeine „Kaukrieg“ Ludwig XIV. ...“

Allerdings mit anderen Waffen, als denen, deren sich Ludwig XIV. bediente! Die völlig neue Form des kommenden Krieges ist keine Frage mehr. Nicht mehr werden sich zwei Kampfmächte gegenüberstehen, nicht mehr wird der wehrfähige Teil der Bevölkerung zum Kampfe bestimmt und der Gefahr des „Heldentodes“ ausgesetzt sein; das Feldheer wird eine nur untergeordnete Rolle spielen, indes Flugzeuge und Schnellkraftfahrzeuge das wichtigste und furchtbarste Kriegsinstrument sein werden. Nicht gegen die Front wird sich der Angriff im neuen Kriege richten, sondern er muß bestrebt sein, die Industriezentren des feindlichen Landes zu treffen, er muß die Eisenbahnen, die Verkehrsstraßen, die Waffen- und Munitionsdepots und -fabriken treffen, um siegreich zu sein. Das heißt, der neue Krieg wird sich an keiner Front, sondern im Hinterland abspielen.

Um einen neuen Krieg mit der Aussicht auf nur einen winzigen Erfolg beginnen zu können, ist es notwendig, das feindliche Land in ein solches Entsetzen zu stürzen, daß eine Gegenwehr gar nicht möglich ist. Gas- und Brandbomben sind die Mittel dieser neuen Kriegsführung, und sie sind wahrhaft geeignet, ein Volk völlig zu vernichten, ehe es überhaupt zum Gegenschlage ausholen kann. Ein Beispiel: Berlin ist in ein bis zwei Stunden von der französischen Grenze mit dem Flugzeug zu erreichen. Ein Flugzeuggeschwader, das infolge der Höhenleistung moderner Flugzeuge ungehindert und ungesehen bis Berlin vordringt, hat die Möglichkeit, 30.000 Brandbomben auf einmal über Berlin abzuwerfen. Selbst wenn nur 20 Prozent davon Treffer sind, entstehen zu gleicher Zeit in dieser Stadt über 7000 Brände. Gibt es dagegen einen Schutz? Gibt es einen Schutz, wenn außer diesen Brandbomben noch Gasbomben abgeworfen werden? Wenn die Menschen nicht wissen, ob sie zuerst das Gas oder das Feuer bekämpfen sollen?

Die Leute, die ein Interesse an den Luftschutzübungen haben — es sind immer die gleichen Interessenten: Militärs und Rüstungsindustrielle — geben sich jetzt die größte Mühe, uns weiß zu machen, daß es einen Schutz gäbe. Sie behaupten, daß die Giftgase gar nicht so schrecklich seien, daß einfachste Mittel zu ihrer Bekämpfung genügen, und wissen doch selbst ganz genau, daß jedes Schutzmittel übertrumpft wird durch eine neue Angriffswaffe, wissen aus dem vergangenen Kriege ganz genau, daß selbst die Gasmaske keinen Sinn mehr hatte, als das Gas die Lungen und die Haut vom Körper fraß. Sie tun sich viel auf ihre neueste Erfindung: die Vernebelung zugute, und schon ist nicht eine Erfindung, sondern sind ihrer zwei vorhanden, die den künstlichen Nebel zerstören (durch Elektrizität) oder ihn durchdringen (mittels chemischer Strahlen).

Es gibt keinen Schutz gegen diese Kriegsführung. Durch den Brand- und Gasbomben-

angriff aus der Luft wird der Krieg zu einer Schlächterei, in der nicht Kinder, Greise, noch Tiere und Pflanzen verschont bleiben. Durch diesen Krieg wird nicht eine lebende Front, sondern werden Länder in ihrem vollen Umfang von Grund auf zerstört und der Wüste gleich gemacht. Weder Abwehrgeschütze, noch Gasmasken, noch Asbestanzüge, die man in für ein Millionenvolk gar nicht herstellen könnte, sind ein Schutz.

Das Ganze ist ein Geschäft. Ein doppeltes Geschäft. Ein Geschäft für die Rüstungsindustriellen, die Gas und Gasschutz zu gleicher Zeit herstellen und an alle Nationen ohne jede patriotische Bindung verkaufen. Und ein Geschäft für die „Patrioten“, die zwar nicht das Land gegen feindliche Flieger vernebeln können, die aber die Hirne des Volkes gegen die Erkenntnis von dem Grauen des künftigen Krieges vernebeln wollen und die in diesem Nebel ihre trüben Geschäfte abwickeln zu können glauben.

Daß das nicht geschieht, dafür kann allein nur die internationale Solidarität des Prole-

tarials sorgen, die ihren Ausdruck darin findet, daß in jedem Lande gegen diese Vernebelung des Volkes mit allen Mitteln gekämpft wird und daß diesen wahren Volkverrättern das Handwerk gelegt wird. Schließen wir uns jener tapferen Französin Henriette Saurat an, die unter dem 20. September 32 in der Pariser „Volonté“ (in bezug auf die französischen Luftschutzmanöver) schreibt:

„Da man weiß, daß es unmöglich ist, uns zu schützen, wozu sollen wir uns an Luftschutzmanöver beteiligen? Weigern wir uns!“

Weigern wir uns! Weigern wir uns alle entrüstet, uns auf einen Krieg, ein allgemeines Morden vorzubereiten. ... Die Weigerung aller anständigen Menschen muß schließlich stärker sein als das heimtückische Zusammenspiel derer, die aus Rüstungen und Kriegen Gewinn ziehen.“

Der Attrappenkrieg

Wir entnehmen einer Rheinisch-westfälischen Zeitung folgende Schilderung von einer Luftschutzübung in Düsseldorf, die einerseits die Lächerlichkeit dieses Kriegsspiels, andererseits aber auch die Gefährlichkeit des Großzügigens des ideologischen Unterbaus für den kommenden Krieg deutlich zeigt.

„Dieses anschauliche Bild“ von Luftkrieg und Luftschutz der Zukunft ging in Lächerlichkeit unter. War das eine Absicht? Wohl kaum. Aber es war das unvermeidliche Echo auf eine Kriegsdemonstration, die nur ein Ziel verfolgte: auf die etwas knalligen und etwas narkotisierenden Sensationchen so eines sportlich-frisch-fröhlichen Luftkrieges lustern zu machen. Aber die Parafflage verpuffte doch an der guten Intelligenz der Düsseldorfer — sie ließen die Kriegsschauspieler unter sich.

„Nicht allein im Kriege, vielmehr bei jeder Zuspitzung der politischen Lage, von revolutionären Massenaktionen jedweder Art gar nicht zu reden, wird die Regierung, selbst die des freiesten bürgerlichen Landes, stets und unbedingt mit Auflösung der legalen Organisationen, mit Beschlagnahme der Kassen, mit Verhaftung der Führer und anderen „praktischen Folgen“ gleicher Art drohen.“ (Lenin)

Drei mit Starkpapier überklebte Wandflächen hatte man auf dem Flugplatz als die Attrappe eines armseligen Häuschens errichtet; der Beschauer mußte sich suggerieren „Das ist Düsseldorf“. Fliegeralarm! Hurtige Knaben zu Fuß, zu Rad, durchrasten die Gegend und signalisierten die Gefahr. Zwei Flieger warfen einige Gegenstände ab, die nicht größer waren als Billardkugeln, und die weder trafen noch knallten. Das Knallen markierte ein einsam aufpostierter Feuerwehmann. Währenddessen bemühten sich, vorerst vergebens, hinter der Hausattrappe versteckte Knaben um deren Einsturz. Düsseldorf in Trümmern! Die Flieger machten sich schleunigst aus dem Staube, dann eine Lastwagenkolonne rückte an, voran einige vollbesetzte Überfallwagen der Polizei, alles in Gasmasken und deshalb mit tosendem Gelächter empfangen, ebenso die nachfolgenden, die mit ebenso geschützten Stahlhelmspringlingen besetzt waren, die hier „technische

Nothilfe“ markierten. In aufopfernder Kameradschaft wurden die Trümmer freigelegt, Verwundete verbunden (trotzdem dies schwerlich Hilfe gegen Gasgifte schafft), einige Feuerwehrlente legten einen mächtigen Wasserstrahl dorthin, wo nichts als Gras und Sand zu sehen war, die Sirene tötete „Feind vorbet!“ und der Krieg war zu Ende.

Diese Handlung hatte durch Programm und Mikrophon begleitende Worte, z. B.: „In den Häusern suchen bei Alarm die Hausbewohner in aller Ruhe die vorbereiteten bomben- und gasdichten „Einzelachutzräume“ in den Kellern auf und warten dort den Fliegerangriff ab. Für die auf den Straßen und Plätzen befindlichen Passanten sind besonders „Sammelachutzräume“ geschaffen worden.“ — (Wo denn schon?) — „Infolge der rechtzeitigen Warnung und des ruhigen, disziplinierten Verhaltens der Bevölkerung findet der nun von einem Flugzeuggeschwader durchgeführte Luftangriff diese in den Schutzräumen.“ Also: Verlorene Feindesmühl! Und dann zum Schluß: „Sobald die Luftfahrt besetztigt ist, wird „entwarnt“. Das normale Leben (I) in der Stadt setzt wieder ein, das dank der Vorbereitung und der Wirksamkeit des Luftschutzes und der Disziplin der Bevölkerung nur kurze Zeit unterbrochen war.“ Und die Hauskasselle des Flugplatzes spielte forsch und schnellig dazu: „Stolz weht die Fahne schwarz-weiß-rot!“ Ein kleines prickelndes Abenteuer, bei dem höchstens einige arme Teufel, die in Asylen zusammengepfercht sind oder in selbstgebaute unterstandähnlichen Behausungen im Heidefeld oder sonstwo am Stadtrand wohnen, in Gefahr kommen können, mehr Gas zu schlucken, als bekommen ist. O Krieg, wo ist dein Stachel!

Aber der Krieg, um den man buhlt, wird anders aussehen. Er wird nicht von Sportfliegern geführt, die Bomben in der Größe von Billardkugeln abwerfen, er wird von fliegenden Armeen geführt, die Halbmillionen- und größere Städte in Minuten und Stunden in schwelende Trümmerhaufen verwandeln, aus denen keine Spur von Leben nachher mehr zu retten ist, er wird unaufhaltsam Millionen und abermillionen Menschen durch Giftgas, gegen die es keine Schutz- und Heilmittel gibt, zum elendesten Verrecken bringen, er wird das Ende aller europäischen Kultur bedeuten, er wird für alle Zeiten den Rückfall in die Barbarei manifestieren. — Ob die geschäftstüchtigen Unternehmer in Düsseldorf auch den Sinn des grausamen Gelächters, das ihnen entgegenschallte, dahin verstanden haben? Oder werden sie weiter versuchen, die Erkenntnis der Massen, der Millionen zu vernebeln, um sie raff und duldsam zu machen für die Gesindel der nächsten — der letzten — imperialistischen Auseinandersetzung?

Der Arbeiter und seine Zeitung

Ein Wettbewerb der SAZ

Für die politische Wirksamkeit einer Arbeiterzeitung ist die wichtigste Voraussetzung die ständige enge Verbundenheit zwischen den Lesern und den Genossen, die die Zeitung redigieren. Bei der „SAZ“ ist diese Verbindung in erfreulichem Maße vorhanden. Jede Post bringt uns Briefe aus allen Teilen Deutschlands, in denen die Genossen zu dieser oder jener Frage Stellung nehmen.

Aber dieses Verhältnis zwischen Leserkreis und Redaktion kann niemals eng genug sein. Wir haben uns deshalb entschlossen, durch einen besonderen Wettbewerb die Meinung unserer Leser über die Bedeutung einer Arbeiterzeitung im allgemeinen und der „SAZ“ im besonderen zu ermitteln.

Bei diesem Wettbewerb soll sich jeder Leser, der Lust dazu hat, in einem kurzen Beitrag zu dem Thema

„Der Arbeiter und seine Zeitung“ äußern. Die Beiträge können grundsätzlicher Natur sein oder praktische Anregungen enthalten, Wünsche oder Kritik äußern oder irgendeine Spezialfrage des Themas behandeln — das bleibt unseren Lesern vollkommen überlassen.

Die Beiträge sollen nicht mehr als rund 600 Worte enthalten. Sie müssen gut leserlich geschrieben sein, die Rückseite des Papiers muß frei bleiben. Unleserliche Manuskripte können keine Berücksichtigung finden. Die Beiträge müssen bis spätestens 20. Oktober bei der Redaktion der „SAZ“, Dresden 6, Kleine Holzstraße 4, eingegangen sein.

Die besten Beiträge werden in der Nummer vom 29. Oktober, die als Sondernummer zur Reichstagswahl und zum einjährigen Bestehen der „SAZ“ herauskommen wird, veröffentlicht und durch folgende Preise besonders anerkannt:

Erster Preis: 25 Mark in bar.
Zweiter Preis: 15 Mark in bar.
Dritter Preis: 10 Mark in bar.

Vierter bis zehnter Preis: Sternberg; Der Niedergang des Kapitalismus oder „Das Rote Gewerkschaftsbuch“ (nach Wahl).

Wir rechnen auf regste Mitarbeit unserer Genossen und Genossinnen!
Redaktion und Verlag der „SAZ“.

Es lebe der Krieg! Die Bestie ist freil!

Aus dem Programm der „Nobelspalle“, der neuen proletarischen Spieltruppe unserer Dredener Genossen. Ansprache zum Abschluß des ersten Wehrsportlehrganges.

Kapitalisten aller Länder!
Wir zeigen Euch die Wunder der Dredener Kultur
Wir schufen aus dem Chaos bolschewistischer Kultur

Mit Hilfe einer leichten Massen hungerkur
Die große Einigkeit in völkischer Struktur,
Die alten Phrasen, doch ein neuer Name,
Die Gipfelleistung der politischen Reklame,
So steigt — im Geiste arm, jedoch in Treue fest —

Ein neues Volk hervor aus tiefstem Staube,
Das mit Begeisterung für Euch sich morden läßt.

Alein nur selb machend ist der Glaube
An Euch — an uns — an die Gewalt.
Dies ist der Anlaß zu dem heutigen Freudenfest.

Kapitalisten aller Länder!
Heut zeigt die Bühne mehr denn nur Theater,
Und wenn der Vorhang steigt, hat's einen Zweck.

Der Wunsch war hierbei des Gedankens Vater,
Daß ihr uns wieder pumpt, wenn ihr erst seht,

Wie felsenfest bei uns die Wehrkraft steht.
Der böse Geist von Moskau ist gebannt,
Hier steht als starker Wall ein tapferes Volk
Und schützt die ganze Welt vor rotem Brand.
Dafür soll streichen ihr den teuren Goldtribut,
Wir zahlen unsre Zinsen mit Proletenblut.
Es lebe der Profit, die Zinsen, die Tantiemen,
Geben ist gut, doch selbiger ist nehmen.

Da ziehn sie nun hinaus, die jungen Streiter,
Wie stehn wir da, wie hab'n wir das gemacht?
Die Böse reagiert, und neu gedeiht er,
Der blutig goldne Weizen Eurer Macht.
Jetzt gilt's, die Ernte unter Dach zu bringen
Und den Proleten untors Joch zu zwingen.
Es gilt, zu handeln und zu schackern mit
Prothosen.

Mit Giftgas, Panzerkreuzern, Jod und Aspirin.
Am deutschen Wesen soll die Welt gemessen,
Wenn es nicht paßt, der soll zur Würste ziehn.
Nach uns die Sintflut
Hoch die Barbareil
Es lebe der Krieg!
Die Bestie sei freil! P.B.

War so der Krieg?

Einer unserer Leser schreibt uns zu zwei Kriegsausstellungen, die gegenwärtig in Berlin gezeigt werden:

Wie er auf zwei Ausstellungen im Pschorr- und im Europahaus in Relief, Bildern und Vorträgen geschildert wird, mit sauber aufgearbeiteten Landschaften, ohne Tote und Verwundete, ohne Grauel und ohne Schmerzen, fast möchte man sagen: uninteressant für die Beteiligten wie ein weittragender Boxkampf für die Zuschauer — so war der Krieg nicht! Nüchtern, unsachlich, kitschig ist da alles aufgebaut, ängstlich alles vermieden, was die Illusion des „frisch-fröhlichen Krieges“ zerstören könnte. Und was für ein großartiges Mittel für die Antikriegspropaganda könnte eine derartige Ausstellung sein! Aber: diese Ausstellung, von „Frontkämpfern“ veranstaltet, soll ja „unparteilich“ sein. Und diese Unparteilichkeit äußert sich dann in diesen Volksgemeinschaftsworten: „Möge der Schützengrabengestir unsere Jugend als guter Genius umwehen, möge sie lernen, stahlhart, deutsch und treu zu denken und zu handeln.“ Das ist der Geist der Benderstraße, die auch nur — nicht wahr? — an die körperliche und geistige Erbtüchtigkeit der deutschen Jugend denkt und nachträglich nie und nimmer beachtet, Kanonensplitter für die internationale Rüstungsindustrie zu fabrizieren.

Die elf Millionen Toten des Weltkrieges sollten eine furchtbare Warnung für die Menschheit vor dem Spiel mit dem Kriege sein. Sie sollten der Appell für jeden Sozialisten sein, mitzuwirken an der Beseitigung der Wurzel des Krieges, des Kapitalismus. Deshalb fordern wir: Hinweg mit diesen Propaganda-Ausstellungen für ein neues Massenmorden!

750 m unter Wasser

Tiefseegeheimnisse

Von den Bermuda-Inseln kommt die Nachricht, daß es dem bekannten amerikanischen Tiefseeforscher Dr. William Beebe gelungen ist, mit einer neuartigen Taucherglocke die erstaunliche Meerestiefe von 750 m zu erreichen. Beebe macht gegenwärtig Versuche, in noch größere Tiefen einzudringen.

William Beebe ist einer der erfolgreichsten Naturforscher der letzten Jahre. Seine Forschungen, die er auf den Galapagos-Inseln anstellte, haben allenthalben großes Aufsehen erregt. Auch jetzt hat Beebe von seinem Tiefsee-Tauchrekord außerordentlich interessante Berichte geliefert und Aufnahmen von Pflanzen und Fischen gemacht, die bisher völlig unbekannt waren.

Im Zusammenhang mit den erfolgreichen Forschungen des Amerikaners dürfte interessieren, daß die kürzlich von einer Expedition heimgekehrten dänischen Nordpol-Forscher unser Wissen über die Uebergangsformen zwischen Fisch und Lurchler um ein beträchtliches erweitert haben. Der Führer der Expedition, Dr. Lange-Koch, hielt dieser Tage in Kopenhagen eine Besprechung ab, in der er mitteilte, daß es ihm gelungen sei, in der Nähe der Mündung des Franz-Josephs-Fjords in einer ausgetrockneten Meereshöhle Versteinerungen von Tieren zu finden, die zwar zu den Fischen gehören und trotzdem vier Beine haben.

Die Ergebnisse der Expedition sind für die Entstehung der Arten außerordentlich wertvoll.

Eibenstock

Im Stadtverordnetenkollegium erklärte die KPD-Fraktion, daß sie grundsätzlich die Bürgersteuer ablehnt.

- bis 5000 Mk. steuerfrei, von 5-7000 Mk. 200%, von 7-9000 Mk. 500%, von 9-12000 Mk. 800%, über 12000 Mk. 1000%.

Von der SAP-Fraktion wurden sie befehrt, daß ihr Verhalten nichts anderes bedeute, wie eine Anerkennung der Papen-schen Notverordnungswirtschaft...

Unerhörte Vorgänge beim Dresdner Herbstwaldlauf

Zweimal im Jahre führen die Dresdener Arbeitssportler einen großangelegten Waldlauf durch. Der am 2. Oktober stattgefundene Herbstwaldlauf hatte durch die Ausschreibung eines Gepäckmarsches noch an Bedeutung gewonnen.

Die Meldungen zu diesem Gepäckmarsch waren unerwartet hoch. Außer den 400 Reichsbanner- und A. K.-Genossen hatten sich auch ca. 100 Sportler gemeldet.

Um allen Reibungen aus dem Weg zu gehen, legten unsere Genossen die Mutze sowie alle Abzeichen des SSB ab, und es schien, als wäre damit aller Zwist aus der Welt geschafft.

Es ist ein Hohn, Bundesmitgliedern den Start zu verweigern, während Organisationen wie das Reichsbanner, in denen verschiedene bei der Deutschen Turnerschaft Mitglied sind, starten zu lassen.

wir uns an den Wahlen beteiligen, da kein Arbeiter der steigenden Faschisierung der Gemeindeparlamente unfähig zusehen kann.

Achtung! Achtung! An alle Einzelbezieher! Das Bezugsgeld für Oktober ist fällig!

Freie Turnerschaft Mylau i. V. Mylau i. V. Der Tv. Freie Turnerschaft bietet am Kirmessonabend seinen Gästen eine äußerst willkommene Abwechslung.

Eingesandt Von dem Besitzer der Kantine des Kleingartenvereins „Elbestrand“ hinter dem städtischen Schießhof in Dresden erhalten wir folgende Zuschrift mit dem Ersuchen um Veröffentlichung:

ORGANISATIONEN NACHRICHTEN

SAP Dresden: Montag, den 10. Oktober, zentrale Mitgliederversammlung. 19 Uhr im Volksbau.

Herrnhut

Am kommenden Sonntag wird — nach vorherigem Kirchgang — auch das durch seine 200jährige Mission weltbekannt gewordene Oberlausitzer Städtchen Herrnhut...

Heidenau

Der Ortsgruppenleitung ist es gelungen, für Mittwoch, den 12. d. Mts., den Genossen Seydewitz zu einer öffentlichen Versammlung im Schützenhaus zu verpflichten.

Die erweiterte Arbeitsgebietsleitungssitzung vom 1. d. Mts. hat beschlossen, in Heidenau einen Wochenendkursus des Genossen Frölich-Berlin am Sonntag, den 15., und Sonntag, den 16. Oktober,

in Leupolds Gasthof abzuhalten. Teilnehmerbeitrag: Erwerbslose 15 Rpf., Verdienner 30 Rpf.

Klingenthal

Merkwürdige Werbemethoden wendet die SPD in unserem Orte an. Den „Volkszeitungen“-Werbemethoden, die da vor kurzem hier hausieren gingen, genügte offenbar die Schwindelmeldung des „Freien“ Wortes über den angeblichen Austritt der Genossen Zweiling, Siemens, Ziegler usw. nicht, sie agitierten deshalb damit, daß auch in Klingenthal eine Anzahl tüchtiger Genossen der SAP den Rücken gekehrt hätten.

Wort. Es scheint aber offenbar System in diesen Schwindelmanövern zu liegen, denn gleichzeitig wird uns bekannt, daß in der Greizer Gegend durch SPD-Leute das Gerücht verbreitet wird, der Genosse Schlosser habe die SAP verlassen.

Niederhäsblau

In der letzten, gut besuchten Mitglieder-versammlung der SAP gab Genosse Baumann einen kurzen Situationsbericht über die politische Lage.

Dresden Kauft bei Schuh-Oestreich das billige Schuhhaus Dresdens Verkaufsstellen: Iahnstraße 2, am Wettiner Bahnhof...

Radebeul Kurbad Nizza-Bad alle Schuhreparaturen bei Erich Gebauer RADEBEUL - Serkowitzer Str. 72 - Nizzasr. 44

Radebeul Kauft im Textilgeschäft der kleinen Preise Anna Barthel Bahnhofstraße 1a. Werbt Abonnenten

Heidenau Heidenauer Hof, lab. Ernst Tamberl Spezial-Ausschank - Bayer. Bier - Zeltinger Kronenbier...

M. Kelling Chem. Reinigung Kleiderfärberei

Mylau i. V. Die Original-Lustigen Zwickauer Säger (oben Mitglieder) treten mit vollständigem Programm am Sonnabend den 8. Okt. in der Turnhalle der Freien Turnerschaft Mylau i. V. auf

Mylau i. V. Die Original-Lustigen Zwickauer Säger (oben Mitglieder) treten mit vollständigem Programm am Sonnabend den 8. Okt. in der Turnhalle der Freien Turnerschaft Mylau i. V. auf

Niederhäsblau Richard Trömel Niederhäsblau Inh. Franz Trömel Bau- und Möbelfischerei Möbel- u. Polstermöbellager

Pirna Bäckerei und Konditorei Karl Gollmar Steinplatz 14 Beachtet unsere Inserate

Möbel handwerksmäßig gediegene Arbeit. Langer Straße 15. Matthes.

Turnerheim Cainsdorf Volkstüml. Gaststätte für jedermann Ruf 3702

Großes Münchner Oktober-Fest An allen Tagen erstklassige Stimmungs-Jazzkonzerte der Sportkapelle Dietze-Leistner-Planitz.

An allen Tagen erstklassige Stimmungs-Jazzkonzerte der Sportkapelle Dietze-Leistner-Planitz. — Am Freitag Anstich des bekannten Hofer Oktoberbieres (Münchner Original-Ausschank) mit Skatabend.